

# Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft

Europäisches Kräftemessen-  
europäische Kräfte messen

113

Dieter Plehwe



WIEN

Materialien zu Wirtschaft  
und Gesellschaft Nr. 113

Herausgegeben von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte  
für Wien

## **Europäisches Kräftemessen – europäische Kräfte messen**

**Eine Auswertung von verfügbaren statistischen Daten zur Entwicklung und  
zum ungleichen Stand der Interessenvertretung in Brüssel (Organisationen,  
Personal, Finanzen)**

**Dieter Plehwe**

(unter Mitarbeit von Robert Müller und Katja Walther sowie Matthias Schlögl)

Februar 2012

---

Die in den Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft  
Veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die  
Meinung der AK wieder.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei  
der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISBN 978-3-7063-0425-2

© Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Tel: (01) 501 65, DW 2283

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung:</b>	
<b>Lobbyübermacht der Wirtschaft oder „normaler“ Pluralismus in Brüssel?.....</b>	<b>1</b>
<b>2. Die Entwicklung der Lobbyszene in Brüssel insgesamt.....</b>	<b>4</b>
<b>3. Differenzierungen auf der Basis der Organisationsdaten.....</b>	<b>8</b>
<b>4. Wirtschafts- und Gewerkschaftslager im Vergleich.....</b>	<b>16</b>
4.1 Wirtschafts- und Gewerkschaftsinteressen in Deutschland im Vergleich.....	18
4.2 Wirtschafts- und Gewerkschaftsinteressen in Brüssel im Vergleich.....	20
4.3 Beispiele auf Branchen- und Politikfeldebene.....	25
<b>5. Postdemokratische Verhältnisse: Was kommt nach der sozialen Demokratie auf nationaler Ebene?.....</b>	<b>36</b>
<b>6. Resümee und Ausblick.....</b>	<b>43</b>
<b>Literatur.....</b>	<b>46</b>
<b>Tabellen- und Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>49</b>
<b>Anhang I:.....</b>	<b>50</b>
<b>Anhang II.....</b>	<b>51</b>
<b>Anhang III.....</b>	<b>54</b>
<b>Anhang IV.....</b>	<b>56</b>

# 1. Einleitung: Lobbyübermacht der Wirtschaft oder „normaler“ Pluralismus in Brüssel?

Das Bild einer gewaltigen Übermacht der Wirtschaftsverbände gegenüber Gewerkschaften und anderen Interessengruppen in Brüssel ist Legende. Zahlreiche populäre Schriften jüngerer und älteren Datums beschreiben „Die EGmbH der Bosse & Banker“ (Klaß 1989), „Das Europa der Konzerne“ (Sand 1990) oder schlicht „Europe Inc.“ (Balanyá et al. 2000). Kritische Stimmen monieren die einseitige Beratung der Politik, welche mitunter katastrophale Entwicklungen z.B. im Hinblick auf die mangelnde Regulierung der Finanzmärkte begünstigt. Demgegenüber unterstreichen andere ForscherInnen generell den positiven Beitrag, den organisierte Interessen und LobbyistInnen in der politischen Auseinandersetzung und Meinungsbildung in Brüssel leisten (van Schendelen 2005). Das Personal der Verbände oder auch Fachleute aus Unternehmen, Beratungsfirmen oder Denkfabriken werden in erster Linie als sachkundige Expertinnen und Experten vorgestellt, deren Kompetenzen in hochkomplexen Gesetzgebungsverfahren unabdingbar sind. Ein Übergewicht bestimmter Interessen sei kaum zu befürchten. Zum Beispiel wirke auch die Architektur der europäischen Institutionen gegen eine einseitige Vereinnahmung durch starke Interessen (Schmedes 2010). Diese stark divergierenden Positionen betonen entweder die ungleiche Machtverteilung bei der Interessenvertretung und Ungleichgewichte oder Hierarchien bei der Politikberatung samt der resultierenden Beschränkungen der Partizipation und der Einseitigkeit der Ergebnisse oder Pluralismus und Vielfalt der Meinungsbildung sowie Legitimität der Verfahren und ihrer Resultate. Sie sind offensichtlich schwer miteinander zu vereinbaren.

Die seit Ende der 1980er Jahre nach der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (1987: Vollendung des Binnenmarktes) starke Zunahme der Zahl der Interessengruppen in Brüssel, welche die europäische Kommission, den Europäischen Rat und zunehmend das Europäische Parlament als Lobbies bearbeiten, wäre der Pluralismusthese folgend eher als günstig zu werten. Rudolf Speth (2010), der die Entwicklung allerdings nicht einfach positiv deutet, führt das Wachstum der „Public Relations“ Aktivitäten in Brüssel insbesondere auf die zunehmende Differenzierung der Gesellschaft zurück, die auch vor den Verbänden der Wirtschaft nicht Halt macht. Die Zunahme von Wirtschaftsinteressen kann somit als Zersplitterung und potenziell aufgrund mangelnder Bündelungsfähigkeit damit einhergehende Schwächung – trotz wachsender Zahl – interpretiert werden. Demgegenüber verweisen Fallstudien (z.B. zur Auseinandersetzung um die europäische Chemikalienrichtlinie REACH, vgl. Riss 2010) darauf, dass zumindest bisweilen die Kakophonie der Wirtschaftsinteressen offenbar recht gut koordiniert werden kann. Viele unterschiedliche Formen der Interessenvertretung der Wirtschaft (z.B. eines Unternehmens im Rahmen seiner Repräsentanz, seines nationalen Branchenverbandes, seines europäischen Verbandes etc.) müssen auch als Stärke erkannt werden, weil sie Möglichkeiten einer multiplen Einflussnahme über verschiedene Kanäle und auf verschiedene AdressatInnen bieten (können). Darüber hinaus wird die Vertretung mancher Wirtschaftsinteressen in Europa trotz einer Ausdifferenzierung der Interessenvertretungslandschaft insgesamt durchaus gestärkt, weil bestimmten Spaltungsprozessen auch grenzüberschreitende Vereinheitlichungstendenzen gegenüberstehen. Wenn eine Divergenz zwischen kleineren und mittleren Unternehmen auf nationaler Ebene mit einem Zusammenschluss der Interessen großer Unternehmen einer Branche auf europäischer Ebene einhergeht, kann sicherlich nicht nur von Vervielfältigung und Ausdifferenzierung

gesprochen werden. Vielmehr muss insbesondere die supranationale Konzentration von Lobbymacht ins Zentrum der Untersuchung gerückt werden, um die Transformation der Verbändelandschaft und der Kräfteverhältnisse zu verstehen. Tatsächlich ist eine ganze Reihe von markanten Entwicklungen zu verzeichnen. Seit Anfang der 1990er Jahre sind in Brüssel neben die traditionellen europäischen Dachverbände nationaler Verbände vermehrt europäische Verbände von Großkonzernen, neuartige Verbände mit gemischter (privater und öffentlicher oder Branchen übergreifender) Mitgliedschaft, Repräsentanzen einzelner (großer) Konzerne, Lobby-Dienstleister (spezialisierte Beratungsfirmen, Rechtsanwaltskanzleien), längerfristige und ad-hoc Allianzen sowie Think Tanks und NGOs getreten, die eine zunehmend unübersichtliche Gemengelage schaffen (vgl. Greenwood 2007, Schmedes 2010 spricht von einem „Mosaik“).

Vor diesem Hintergrund wird unterdessen auch in der differenzierenden akademischen Forschung über die Interessengruppen in Europa herausgearbeitet, dass die „...etablierte Organisationslandschaft der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände...sich im Vergleich zu allen anderen gesellschaftlichen Organisationsbereichen (Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbänden etc.) dadurch aus[zeichnet], dass sie zahlenmäßig die bei weitem stärkste, in den Repräsentationsstrukturen die differenzierteste und im Binnengefüge die komplexeste ist“ (Platzer 2010, 420). Platzer betont im Ergebnis eine enorme Machtfülle der Wirtschaftsverbände in Brüssel, wobei diese sich nicht alleine bei der Untersuchung der supranationalen Ebene erschließt. Der Autor führt aus, dass die in der Literatur vielfach vertretene These einer „...Dominanz von Kapitalinteressen in den (wirtschafts-)politischen Entscheidungsprozessen ... zutreffen [dürfte]; freilich erst dann, wenn man die ... nationale Verbandsebene und vor allem das eigenständige europapolitische Lobbying der transnationalen Konzerne mit einbezieht.“ (Platzer 2010, 435).

Die große und weiter wachsende Unübersichtlichkeit in der EU sowie die sehr unterschiedlichen Einschätzungen und Kontroversen in Sachen Umfang und Einfluss der Euro-Lobbies (vgl. Berkhout/Lowery 2010, 4) stellen Wissenschaft und Praxis vor große Herausforderungen. Eine genauere Aufschlüsselung der Landschaft der Interessengruppen in Europa Möglichkeiten kann zur Klärung von Unsicherheiten und zur Vertiefung der Diskussion wichtige Beiträge leisten. Europa ist für viele Bürgerinnen und Bürger immer noch sehr weit weg und es ist nicht einfach, sich ein angemessenes Bild von den Vorgängen in Brüssel und zwischen Brüssel und den Hauptstädten zu verschaffen. Ein besserer Überblick und Eindruck über europapolitische Aktivitäten von Interessenverbänden und Unternehmen einerseits und Gewerkschaften oder NGOs andererseits kann unterdessen sowohl europapolitischen Realismus erhöhen als auch die für viele AkteurInnen nach wie vor zu gehenden Schritte einer verstärkten und effektiven Europäisierung der Interessenvertretung erleichtern. Schließlich bietet eine eingehende Befassung mit den privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen europapolitischen Kräfteverhältnissen die Möglichkeit, die Diskussion über „postdemokratische“ Verhältnisse auf nationaler Ebene (Crouch 2004, Mair 2006) und komplementär dazu den Zustand der *postnationalen* Demokratie in Europa zu befördern. Nicht zuletzt zwingen die Ablehnung der Europäischen Verfassung in Volksabstimmungen in Frankreich und der Niederlande dazu, sich gründlicher mit der Frage zu beschäftigen, ob die aktuellen Möglichkeiten und Formen der Beteiligung in Europa für alle Beteiligten und Betroffenen hinreichend und hinreichend ausgewogen gestaltet werden.<sup>1</sup> Dazu müssen

---

<sup>1</sup> In Reaktion auf die Niederlage bei den Abstimmungen zur europäischen Verfassung hat insbesondere die Europäische Kommission verstärkt auf Möglichkeiten der *partizipativen Demokratie* gesetzt, die Angebote zur direkten Bürgerbeteiligung erweitert (z.B. Bürgerkonferenzen, online Konsultationen oder Bürgerinitiativen). Erst Untersuchungen der eingeführten Verfahren deuten darauf hin, dass die neuen Instrumente randständig bleiben und sich traditionelle (etablierte) Lobbykräfte auch im Rahmen der neuen Verfahren erheblich stärker durchsetzen als unorganisierte BürgerInnen (Hüller 2010, Quittkat 2011).

allerdings anhand von wissenschaftlichen Untersuchungen und realistischen Annäherungen an die europapolitischen Lobby-Kräfte noch viele Grundlagen für die sachliche Diskussion erarbeitet werden.

Wie sieht die als mehr oder weniger problematisch begriffene Landschaft der Interessenvertretungsinstitutionen und LobbyistInnen in Brüssel aus? Lässt sich genaueres über die Verteilung von Organisationen, Personen und Finanzen im Hinblick auf die europäische Interessenvertretung sagen, und wie kann das Verhältnis der Kräfte zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen und ihren Verbänden eingeschätzt werden? Dies sind die Leitfragen dieser im Auftrag der Arbeiterkammer Wien recherchierten Expertise, die vor allem im August und September 2011 anhand vorhandener Datensätze und mit Hilfe einer kleinen Zahl von Expertengesprächen durchgeführt wurde.<sup>2</sup> Aufgrund der knappen Zeit und den beschränkten Kapazitäten kann diese Kurzstudie selbst nur eine begründete Annäherung an die Thematik bieten, weil eine befriedigende Antwort der aufgeworfenen Fragen eine längere Untersuchung und umfangreiche eigene Erhebungen erfordern würde. Auf der Basis vorhandener Datensätze werden wir daher einerseits vorläufige, hoffentlich nachvollziehbare und plausible Einschätzungen entwickeln, aber zudem jeweils deutlich zu machen suchen, welche Schritte erforderlich sind, um wissenschaftlich exaktere Angaben zu liefern. Nicht zuletzt wird dabei viel von der zukünftigen Entwicklung des *europäischen Transparenzregisters* abhängen, welches im derzeitigen Zustand noch sehr unbefriedigende Informationen bietet.<sup>3</sup> Den aktuellen Zustand des europäischen Registers, mit dem wir für diese Studie aufgrund der Qualitätsmängel nur am Rande gearbeitet haben, werden wir an verschiedenen Stellen problematisieren. Vorläufig muss grundsätzlich Berkhout und Lowery (2010, 2) zugestimmt werden: „Indeed, no one will be able to definitively assess claims about temporal changes in the structure of the EU interest system until a true lobby registration system is adopted.“ Diese Aussage im Hinblick auf die Analyse des Wandels der Landschaft der Lobbies in Brüssel gilt bereits für die Möglichkeiten der statischen (aktuellen) Erfassung der Lobby-Organisationen, deren Personal und Finanzen. Was aber lässt sich bei Beachtung der notwendigen Warnschilder im Hinblick auf Ansprüche an wissenschaftlicher Exaktheit gleichwohl sagen?

Wir gehen im Folgenden zunächst auf die Entwicklung der Brüsseler Lobbylandschaft im Allgemeinen ein (Abschnitt 2). Im 3. Abschnitt untersuchen wir die Organisationslandschaft im Hinblick auf die Anteile der verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen genauer und gehen dann im 4. Abschnitt anhand des Personaleinsatzes vertieft auf das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit ein, wobei wir auf die nationale Ebene am Beispiel Deutschlands als Vergleichsmaßstab zurückgreifen und die allgemeinen Verhältnisse anhand von drei Politikfeldern (Finanz-, Verkehrs- und Klimapolitik) konkretisieren. Im 5. Abschnitt vertiefen wir die Überlegungen zur Entwicklung von postdemokratischen Verhältnissen auf nationaler Ebene und die Probleme der postnationalen Demokratie in Europa, bevor wir im 6. Abschnitt ein abschließendes Resümee ziehen.

---

Insbesondere, weil Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz bei Lobbykräften gleichzeitig nicht befriedigend umgesetzt wurden – das neue (freiwillige) Transparenzregister ist in vieler Hinsicht defizitär –, gibt es nach wie vor eine große Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit guten europäischen Regierens (vgl. Alter EU 2010).

<sup>2</sup> Auf die Datenlage gehen wir weiter unten genauer ein. Die Expertengespräche sind im Anhang aufgelistet.

<sup>3</sup> Vgl. [http://europa.eu/transparency-register/index\\_de.htm](http://europa.eu/transparency-register/index_de.htm).

## 2. Die Entwicklung der Lobbyszene in Brüssel insgesamt

Verschiedene Forschungsbeiträge haben sich in der jüngsten Zeit gründlicher mit der Datenlage bei der Erfassung europäischer Interessen beschäftigt. Dabei wurden gewisse Fortschritte hinsichtlich der Erfassung der historischen Entwicklung und der Vollständigkeit erzielt. Aber auch das im Rahmen dieser Forschungsprojekte generierte Datenmaterial ist mit allerlei Fehlern behaftet. Zunächst gehen wir auf eine Studie ein, die sich systematischer mit der historischen Entwicklung der Interessengruppen beschäftigt hat.

Basierend auf intertemporal vergleichbaren Datensätzen wuchs die Zahl der in Brüssel einschlägig registrierten Organisationen einer Quelle zufolge zwischen 1996 und 2007 von 2.221 auf 2.542 an (Berkhout/Lowery 2010, 9). Den Datensätzen zufolge nahmen dabei „Professional Associations“ (plus 59%), „Interest Groups“ (plus 188%), „National Associations“ (plus 53%), International Organizations (plus 38%), Regions (plus 78%) und Think Tanks (plus 746%!) zum Teil stark zu, wohingegen bei „Law and Lobby Firms“ (-10%) und bei „Corporate Representations“, den Public Affairs Büros von Konzernen (-11%) leichte Verluste verzeichnet werden.<sup>4</sup> Weil den Quellen (insbesondere Landmarks Directory, Philip Directory) zufolge die nicht Profit orientierten Verbände (z.B. im Bereich Bildung, Gesundheit, Menschenrechte) zwischen 1996 und 2007 von 152 auf 438 Einträge anwuchsen, während „for profit“ Verbände (professional and trade associations) im selben Zeitraum von 525 auf 835 anstiegen, stellt sich die Verteilung bei den Verbänden zuletzt offenbar etwas ausgewogener dar. Die Zahl von Wirtschaftsverbänden wuchs zuletzt offenbar langsamer als die Zahl von anderen Interessenverbänden. Das numerische Verhältnis zwischen „for profit“ und „not for profit“ Interessengruppen veränderte sich dadurch von ca. 1:3 (1996) auf ca. 1:2 (2007). Insbesondere der Anstieg von Organisationen der Gebietskörperschaften (Regionen), die verstärkte Präsenz nationaler Verbände nicht kommerzieller Interessen (z.B. Sport, karitativ etc.) und von Think Tanks hat die Interessenvertretungslandschaft erheblich verändert. Aus dieser Veränderung der Zusammensetzung lässt sich aber nicht ohne weiteres auf eine Veränderung der Kräfteverhältnisse schließen, weil viele der Neankömmlinge in Brüssel relativ vereinzelt Interessen vertreten und keine themen- und ebenenübergreifende Arbeit zu organisieren vermögen wie es z.B. im Rahmen des EGB möglich ist – ganz zu schweigen von den Möglichkeiten von Organisationen und Organisationszusammenhängen bei Business Europe.

Die hier zu Rate gezogene Studie (Berkhout/Lowery 2010) ist in erster Linie am historischen Vergleich über einen Zeitraum interessiert und hat dementsprechend vergleichbare Quellen gewählt. In starker Diskrepanz zur Gesamtzahl der hier berücksichtigten Organisationen zum Zeitpunkt 2007 (n=2.542) beziffert die bislang

---

<sup>4</sup> Sehr wahrscheinlich haben diese Ergebnisse etwas mit der unvollständigen Erfassung von Unternehmen zu tun. Greenwood (2007) machte z.B. in der Ausgabe von 2007 darauf aufmerksam, dass die Zahl der Unternehmensrepräsentanzen mit 350 offenbar ein Tableau erreicht habe. Er selbst gibt an, 250 Unternehmen in Brüssel identifiziert zu haben. Auf der Basis von Wonka et al. (2007/08) wissen wir unterdessen, dass 2007/08 knapp 500 Unternehmen mit Konzernrepräsentanzen in Brüssel vertreten waren. Zudem sind vermutlich eine Reihe der nicht identifizierbaren Organisationen in diesem Datensatz Unternehmen. Ferner wissen wir aufgrund von Recherchen von Alter EU, dass viele Beratungsfirmen sich nicht oder nicht als solche registrieren ([www.foeeurope.org/publications/2010/eu-lobby-firms-registration-2010-03-22.pdf](http://www.foeeurope.org/publications/2010/eu-lobby-firms-registration-2010-03-22.pdf), Zugriff 12.9.2011). Davon abgesehen ist es aber wichtig darauf hinzuweisen, dass die Zahl der Firmenrepräsentanzen ebenso wie die Zahl anderer Organisationen zum Teil stark fluktuiert, also Zu- und Abgänge erfasst werden müssen.

vermutlich am sorgfältigsten recherchierte Quelle (Wonka et al. 2007/08) die Gesamtpopulation mit 3.700 Organisationen, womit gegenüber Berkhout/Lowery (2010) fast 1.200 Organisationen mehr gezählt werden. Die am Gesamtumfang zum Zeitpunkt 2007/08 interessierte Forschungsgruppe hat die Einträge der Kommissionsdatenbank CONECCs (2007: 749 Einträge) mit der Akkreditierungsdatenbank des Europäischen Parlaments (2008: 1.534 Einträge) und dem Landmarks Directory (European Public Affairs Directory Juli 2007: 2.522) abgeglichen. Weil 1.105 doppelte Einträge reduziert werden mussten, blieben von 4.805 die ermittelten 3.700 Organisationen, die allerdings etwas stärker reduziert werden müssen, weil den Autorinnen und Autoren weitere Duplikate z.B. aufgrund Nennung in unterschiedlichen Sprachen entgingen.<sup>5</sup> Allerdings ist die gleichwohl bislang am sorgfältigsten recherchierte Datenbank zur Gesamtpopulation der Interessengruppen in Europa nicht vollständig.

Weil im neuen Transparenzregister der Europäischen Kommission mittlerweile mehr als 4.100 Einträge verzeichnet sind (September 2011), müsste in einem weiteren Forschungsschritt, der im Rahmen der vorliegenden Untersuchung leider nicht durchgeführt werden konnte,<sup>6</sup> der im weiteren hauptsächlich verwendete Datensatz von 2007/08 (n=3.700) mit dem Datensatz des Transparenzregisters abgeglichen werden. Beispielsweise erhöht sich die Zahl der ca. 50 Gewerkschaften bei Wonka et al. (2010) auf ca. 100 im Transparenzregister (September 2011). Vermutlich ergibt sich nach Abgleich der beiden besten Quellen eine Gesamtzahl europäischer Interessengruppen, die über der größeren Zahl des Transparenzregisters (n=4.100) liegt. Zum Beispiel ergab ein Abgleich der Transparenzregistereinträge in der Kategorie Think Tanks (n=97) mit den Einträgen bei Landmarks 2009 (n=118), die vermutlich den größten Teil der 146 Organisationen im kombinierten Datensatz von 2007/08 (dort Kategorie Think Tanks und Training) umfassen, lediglich zwei Übereinstimmungen. Eine Studie von Alter EU (März 2010) hatte zudem ergeben, dass 117 Beratungsfirmen, die nachweislich in Brüssel aktiv waren, sich (bis dahin) nicht im Transparenzregister eingetragen hatten.<sup>7</sup> Im Transparenzregister wiederum waren mit 115 Organisationen dieser Kategorie 105 weniger als im Datensatz von 2007/08 (n=220).

---

<sup>5</sup> Für die vorliegende Studie wurde der im Internet frei verfügbare Datensatz Wonka et al (2007/08) genutzt und weiter kodiert. Die von uns gefundenen Fehler dokumentieren wir im Anhang III.

<sup>6</sup> Der Transparenzregister-Datensatz wurde mit Hilfe von Data Mining Software in Form eines Excel-Datensatzes verfügbar gemacht und selektiv zur vorliegenden Studie herangezogen. Leider konnten wir aber die Untersuchung im Rahmen der vorliegenden Studie nicht vollständig auf diesen umfangreichsten Datensatz stützen, weil ein dazu erforderlicher umfassender Abgleich der Daten den verfügbaren Zeitrahmen gesprengt hätte. Das Datenmaterial des Transparenzregisters ist im derzeitigen Zustand leider noch nicht ohne weiteres verwertbar. In absehbarer Zeit wird im Rahmen der Arbeit des Alter EU Netzwerkes lobbykritischer NGOs ein Instrument entwickelt, um die Daten im Transparenzregister leichter und systematischer auswerten zu können (nach dem Vorbild der U.S. Organisation Open Secrets, vgl. <http://www.opensecrets.org/>).

<sup>7</sup> Vgl. [www.foeurope.org/publications/2010/eu-lobby-firms-registration-2010-03-22.pdf](http://www.foeurope.org/publications/2010/eu-lobby-firms-registration-2010-03-22.pdf) (Zugriff 12.9.2011).

Als **erstes Zwischenergebnis** können wir auf der Basis der vorliegenden Datensätze und der vorgestellten Recherchen und Überlegungen festhalten: Die Gesamtzahl der in Brüssel zumindest auch mit Interessenvertretungsaufgaben befassten Organisationen beträgt sicher mehr als die 4.100 im Transparenzregister (Stand September 2011) aufscheinenden und beträgt wahrscheinlich **zwischen 4.500 und 5.000 Organisationen**. Insbesondere ein Abgleich des Datensatzes von 2007/08 (n=3.600) mit dem Transparenzregister kann eine gute Annäherung an die gegenwärtige Gesamtpopulation leisten, die aber durch weitere Erhebungen und Recherchen ergänzt werden müsste, um eine zuverlässige Basis für die Einschätzung der tatsächlichen Gesamtpopulation europäischer Interessengruppen zu erhalten.

Diese Überlegungen zur Gesamtpopulation sind nicht unwichtig. Schätzungen gehen bis heute davon aus, dass in Brüssel etwa **15.000 LobbyistInnen** arbeiten, wobei bislang aufgrund der schwierigen Datenlage keine wissenschaftlich belastbare Untersuchung zum Umfang und zur Verteilung der Organisationen, ihres Personals und ihrer Finanzen möglich ist. Entsprechend spekulativ sind letztendlich die im Umlauf befindlichen Zahlen.<sup>8</sup> Bereits 1992 schätzte die EU-Kommission die Zahl der LobbyistInnen in Brüssel auf 10.000 auf der Grundlage von seinerzeit ca. 3.000 (europäischen und nationalen) Interessengruppen.<sup>9</sup> 2003 wurde in einer Studie für das Europäische Parlament diese ursprüngliche Schätzung der Kommission als zu hoch eingeschätzt (EP 2003), aber die mittlerweile häufig zitierte Zahl von 15.000 LobbyistInnen in Brüssel ist dennoch sicher nicht zu niedrig, weil sich die Lobbyaktivitäten in Brüssel u.a. aufgrund der Aufwertung des Europaparlaments bei Gesetzgebungsverfahren in den 1990er und 2000er Jahren sehr dynamisch entwickelt haben. Alleine im Landmark-Verzeichnis von 2009 sind 1.500 europäische Wirtschaftsverbände mit 6.000 Personen (lediglich wenige Führungspersonen) aufgelistet (persönliche Kommunikation Sylvain Laurnet, Projet Pressure<sup>10</sup>). Selbst wenn bei den ca. 3.000 weiteren Organisationen in Brüssel gemäß unserer Einschätzung zur Gesamtpopulation im Schnitt lediglich 2 Personen zu Buche schlagen würden, wären weit mehr als 15.000 Personen in Brüssel in diesem Bereich tätig, weil die 6.000 bei Landmarks aufgeführten Personen nicht mit der Zahl der in Brüssel bei diesen Organisationen beschäftigten Gruppe identisch ist (6000 plus X Personen plus 3000 x 2 Personen = 12.000 plus X Personen). Im Übrigen ist zur Gesamteinschätzung der LobbyistInnen in Brüssel noch zu bedenken, dass ein mittlerweile beträchtlicher Teil der europäischen Lobbyarbeit von Personen getragen wird, die zu diesem Zweck nach Brüssel (oder in die jeweils eigenen nationalen Hauptstädte!) fahren. Das verbundene Regieren im europäischen Mehrebenensystem hat an vielen Stellen zu einer sehr stark verflochtenen Lobbyarbeitsstruktur auf europäischer und nationaler Ebene geführt.

---

<sup>8</sup> In einem lobbykritischen Sammelband (Alter EU 2010) werden in verschiedenen Beiträgen drei verschiedene Zahlen genannt: 15.000 LobbyistInnen (S.23), 10.000 (S.49), 30.000 (S.94).

<sup>9</sup> Commission of the European Communities, An Open and Structured Dialogue Between the Commission and Special Interest Groups; SEC(92)2272 fin.

<sup>10</sup> Im Rahmen des in Strasbourg ansässigen Forschungsverbundes „Projet Pressures“ wird derzeit eine umfassende Erhebung von Daten zu Interessengruppen im historischen Zeitverlauf (auf der Basis des Landmarks-Registers) durchgeführt, das erstmals einen besseren Einblick in die Evolution der europäischen Interessengruppenlandschaft bieten wird, weil auch die Auflösung, Fusion und Neugründung von Verbänden systematisch ausgewertet werden kann. Diese Daten können mit Spannung erwartet werden (vgl. zum Forschungszusammenhang: <http://projetpressure.blogspot.com/>).

Als **zweites Zwischenergebnis** können wir auf der Basis der vorgestellten Überlegungen vor dem Hintergrund des existierenden Datenmaterials festhalten, dass die Gesamtzahl der in Brüssel zumindest mit Interessenvertretungsaufgaben befassten Personen sicher mehr als die 15.000 heute häufig genannten LobbyistInnen beträgt. Insbesondere unter Berücksichtigung der in Brüssel aktiven LobbyistInnen, die nicht in Brüssel ansässig sind (Teilzeitlobbykräfte oder Lobby-Migranten), kann die Zahl auf 15.000 bis 20.000 Lobbykräfte geschätzt werden.

Auf der Basis der vorliegenden Daten ist es zwar unmöglich, gesicherte Aussagen über das Finanzvolumen der Brüsseler Interessenvertretung vorzutragen<sup>11</sup>, aber einige Erwägungen sind möglich, um eine begründete Annäherung an das in Brüssel (oder zwecks europapolitischem Lobbying) verausgabte Geld zu versuchen. Bezüglich der Lobby-Ausgaben sind die Einträge im Transparenzregister bisher völlig unzureichend, häufig irreführend. Viele Verbände machen bislang keine Angaben (darunter auch Gewerkschaften), viele geben eine sehr niedrige Summe (Kategorie weniger als 50.000) an, obwohl mehrere Personen in Brüsseler Büros beschäftigt werden. Die deutschen Arbeitgeberverbände BDI und BDA geben demgegenüber im europäischen Transparenzregister z.B. jeweils mit 900.000 bis 950.000 Euro im Jahr (im Fall der BDA ein Büro mit drei Fachleuten, BDI und BDA teilen ein Büro in Brüssel) wahrscheinlich bereits realistische Zahlen an, weil gemäß der im Juni von der Kommission verabschiedeten Richtlinien<sup>12</sup> die Lohnsumme ebenso wie die weiteren Kosten im Zusammenhang mit der Interessenvertretung angegeben werden sollen (z.B. Budgets für Veranstaltungen, Studien, Aufträge etc.). Demgegenüber gibt der Europäische Dachverband der Arbeitgeber, Business Europe, bei einem Gesamtbudget in Höhe von ca. 8 Mio. Euro, 34 Fachleuten in Brüssel, bislang ein Budget für Interessenvertretung in Höhe von 600.000 Euro im Jahr an (Stand September 2011).

Wenn wir die Ausgaben pro Fachkraft in Brüssel auf ca. 100.000 Euro im Jahr veranschlagen (vermutlich zu hoch für viele NGOs, vermutlich zu niedrig für viele Unternehmen/Wirtschaftsverbände), so ergibt sich auf der Basis der insgesamt geschätzten 15.000 bis 20.000 Personen ein Gesamtbudget für Personalausgaben von 1,5 Mrd. bis 2 Mrd. Euro im Jahr. Dazu können mindestens 500 Millionen bis 1 Mrd. Euro für andere Ausgaben veranschlagt werden (Events, Aufträge an Beratungsfirmen etc.). Allerdings würde erst ein verbindliches Transparenzregister mit eindeutigen und einheitlichen Vorgaben bezüglich der zu registrierenden Summe eine zuverlässige Quelle bieten. Aus den Vereinigten Staaten wissen wir im übrigen aufgrund der Auswertung des dort existierenden Lobbyregisters zuverlässiger, dass sich die gemeldeten Ausgaben dort auf US\$ 3,51 Mrd. (2010, ca. 2,6 Mrd. Euro bei 1,4 Dollar pro Euro) beliefen.<sup>13</sup>

Als **drittes Zwischenergebnis** können wir auf der Basis der vorgestellten Überlegungen vor dem Hintergrund des existierenden Datenmaterials festhalten, dass in der EU wahrscheinlich 1,5 bis 2 Mrd. Euro im Jahr für mit Lobbyaufgaben betrautes Personal ausgegeben werden. Die Ausgaben dürften sich auf bis zu 3 Mrd. Euro im Jahr belaufen, wenn die Ausgaben für Veranstaltungen, Aufträge an Beratungsfirmen etc. berücksichtigt werden.

<sup>11</sup> Vgl. die Auswertung von Alter EU zum Thema „Under Reporting“ (Juni 2011): [www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/under\\_reporting\\_final.pdf](http://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/under_reporting_final.pdf) (online, Zugriff 14.9.2011).

<sup>12</sup> Online verfügbar: [http://europa.eu/transparency-register/pdf/guideline\\_de.pdf](http://europa.eu/transparency-register/pdf/guideline_de.pdf) (Zugriff 13.9.2011)

<sup>13</sup> Dort wurden knapp 13.000 LobbyistInnen aufgrund der Angaben gezählt, etwa 1.200 weniger als zwei Jahre vorher, als eine etwas geringere Summe registriert wurde. Die Angaben im Lobbyregister der USA verdeutlichen, dass der Personaleinsatz und die verausgabten Summen zum Teil stark fluktuieren (können) (vgl. Details bei [www.opensecrets.org/lobby/index.php](http://www.opensecrets.org/lobby/index.php)).

## **Fazit:**

Insgesamt kann im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung der Lobby-Landschaft in Brüssel zunächst festgehalten werden, dass vermutlich 4.500 bis 5.000 Organisation mit 15.000 bis 20.000 Personen pro Jahr bis zu 3 Mrd. Euro für Lobbytätigkeiten in Brüssel (bzw. teilweise in den Hauptstädten) aufwenden. Wie die Autorinnen oder Autoren der Werbetafel am Brüsseler Südbahnhof (vgl. das Bild auf der Titelseite) auf die Zahl von 25.000 LobbyistInnen in Brüssel, davon 6.000 akkreditiert, gekommen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Bei den Institutionen sind knapp 3.000 LobbyistInnen persönlich registriert. Darüber hinaus besitzen aber zahlreiche Vertreter von Verbänden und Unternehmen Pässe für den Zutritt zu den Brüsseler Institutionen, weil sie in europäischen Gremien aktiv sind. Auch weil im sehr viel homogeneren Wirtschaftsraum USA jährlich bis zu 15.000 LobbyistInnen registriert werden (<http://www.opensecrets.org/lobby/index.php>), sind 15.000 bis 20.000 LobbyistInnen in Brüssel heute wohl keine überzogene Schätzung.

## **3. Differenzierungen auf der Basis der Organisationsdaten**

Wenn es um eine differenzierte Darstellung der Lobby-Landschaft geht, sind – wie oben erläutert – derzeit auf den „saubersten“ umfangreichen Datensatz angewiesen, der 3.600 Organisationen enthält (Wonka et al 2007/08). Diese Gesamtzahl der Einträge mussten wir um 27 Doppelinträge reduzieren (z.B. gleiche Gruppe mit Namen in verschiedenen Sprachen) sowie um 179 Einträge, die trotz (kurzer) Recherche nicht zugeordnet werden konnten. Es bleibt eine Gesamtzahl von 3.494 berücksichtigten Organisationen, wenn wir den Datensatz von 2007/08 als Quelle anführen.<sup>14</sup>

Auf der Basis dieser Daten kann z.B. gezeigt werden (vgl. Tabelle 1), dass die viertgrößte Zahl der „europäischen“ Interessengruppen nach den Werten für die großen Mitgliedsländer Deutschland, UK und Frankreich aus den Vereinigten Staaten kommt. Auch Interessengruppen aus anderen Staaten, die nicht Mitglied der EU sind, agieren zahlreicher in Brüssel als Interessengruppen aus Mitgliedsstaaten (z.B. liegt die Schweiz vor Österreich). Insbesondere ist eine Interessengruppenlücke aus den jüngsten Beitrittsländern aus Mittel- und Osteuropa augenfällig. Beispielsweise hat das bevölkerungsreichere Polen sehr viel weniger Gruppen als Spanien. Dies spricht für ein weiteres Wachstum der Gesamtzahl von Interessenorganisationen, wenn die Lücke im weiteren Verlauf der Entwicklung der Europäischen Integration geschlossen wird.

---

<sup>14</sup> Eigene Auswertungen der Autorinnen und Autoren haben wir mit Verweis auf eine Veröffentlichung (Wonka et al. 2010) ohne Prüfung übernommen.

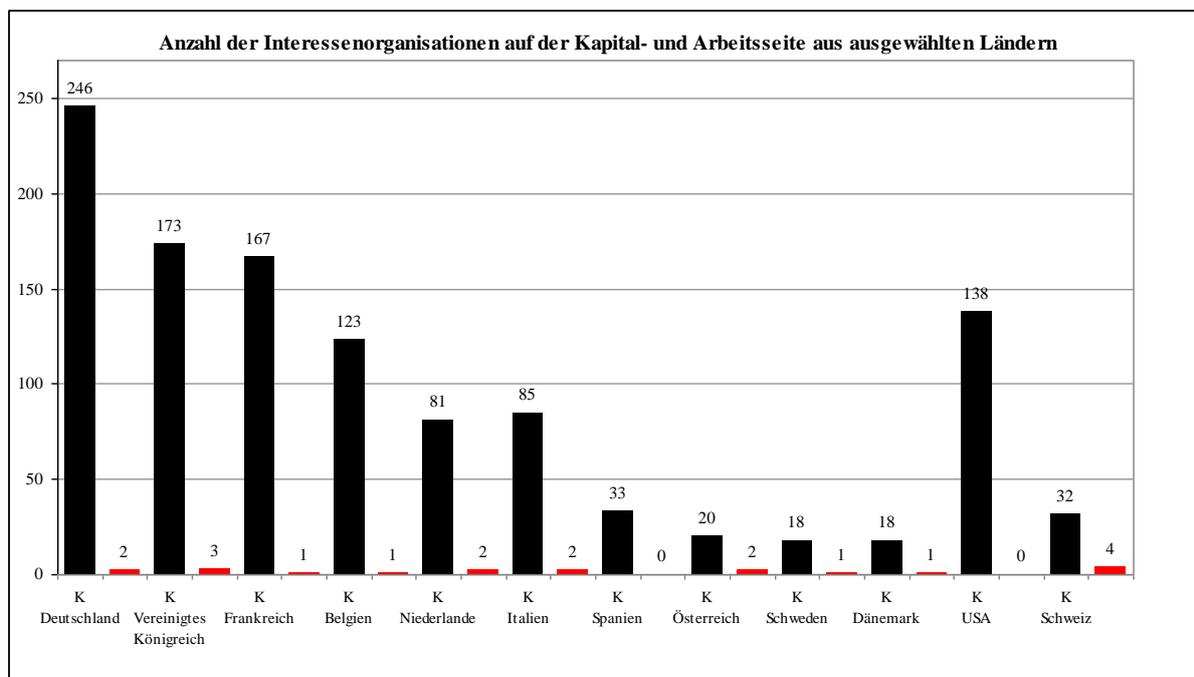
Tabelle 1: Interessengruppen nach Herkunftsländern

Land	Häufigkeit	%	Land	Häufigkeit	%
<b>EU-15</b>			<b>Neue EU-27</b>		
Deutschland	380	17,2	Polen	30	1,4
Großbritannien	294	13,3	Tschechien	18	0,8
Frankreich	292	13,2	Slowakei	13	0,6
Belgien	171	7,8	Ungarn	13	0,6
Niederlande	152	6,9	Rumänien	7	0,3
Italien	139	6,3	Lettland	4	0,2
Spanien	78	3,5	Estland	4	0,2
Österreich	59	2,7	Slowenien	3	0,1
Schweden	47	2,1	Litauen	2	0,1
Dänemark	44	2,0	Zypern	2	0,1
Finnland	19	0,9	Malta	2	0,1
Portugal	16	0,7	Bulgarien	2	0,1
Irland	15	0,7	<b>Nicht-EU-Staaten</b>		
Luxemburg	12	0,5	USA	173	7,8
Griechenland	5	0,2	Schweiz	73	3,3

Quelle: Wonka et al. 2010, S.6

Ein erster Eindruck über das Verhältnis Wirtschaftsinteressen und Gewerkschaften lässt sich ermitteln, wenn diese nach Herkunftsländern sortiert dargestellt werden. Die folgende Abbildung 1 zeigt die Relation für die Länder mit einer größeren Zahl von Interessengruppen.

Abbildung 1: Wirtschafts- und Arbeitnehmerinteressen nach Herkunftsland (2007/08)



Quelle: Wonka et al. 2007/08, eigene Berechnung.<sup>15</sup> (n = 1.153, Anzahl der in der Abbildung enthaltenen Fälle).

<sup>15</sup> Die Grundlage ist die bei Wonka 2007/08 Gewerkschaften (n=47). Diese können um die mittlerweile im Transparenzregister enthaltenen Gewerkschaften ergänzt werden (n=110). Beispielsweise sind dort

Bei den amerikanischen Interessengruppen ist augenfällig, dass einer vergleichsweise besonders großen Zahl von Wirtschaftsinteressen keine eigenständige Interessengruppe der amerikanischen Unions gegenübersteht.<sup>16</sup> „About 95 percent of American groups and organizations lobbying in the EU today are business interests“ schreiben Thomas und Boyer (2001) in einer eingehenden Untersuchung, wobei Unterschiede zwischen alteingesessenen U.S.-Interessen und erst seit kürzerer Zeit etablierten Gruppen betont werden. Jedenfalls verschiebt die starke Präsenz von U.S.-Wirtschaftslobbies die Verteilung in Europa erheblich zugunsten der Wirtschaftskräfte. Weil dies wahrscheinlich auch für andere außereuropäische (bzw. extra-EU) Interessengruppen zutrifft, sollte dieser Befund bei der Zusammensetzung der Wirtschaftsinteressen insgesamt bedacht werden. Während außereuropäische Wirtschaftsinteressen im Brüsseler Lobbygeschehen eine recht große Rolle spielen, sind außereuropäische Arbeitnehmerinteressen wohl nur am Rande vertreten.

Es handelt sich in dieser Gegenüberstellung wohlgerne um nationale Organisationen (Unternehmen, Verbände), die ein Büro in Brüssel unterhalten. Während die meisten Gewerkschaften auf ihre europäischen Föderationen angewiesen sind, um in Brüssel Einfluss zu nehmen, finanzieren Unternehmen und Verbände in sehr viel stärkerem Umfang sowohl europäische Föderationen als auch eigene Aktivitäten in Brüssel. Weil viele Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse sich mittlerweile zumindest auch und häufig vorlaufend in Brüssel abspielen, werden nicht hinreichend auf supranationaler Ebene repräsentierte Interessen von relevanten Teilen der Politikzyklen gleichsam abgehängt bzw. können nur noch über die Elemente auf nationaler Ebene mitbestimmen, die supranational bereits vorstrukturiert wurden. Deshalb hat z.B. der deutsche Bundestag im Jahr 2007 ein europäisches Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet, in dem neben der Verwaltung auch alle im Bundestag vertretenen Fraktionen vertreten sind. Dem Vernehmen nach beteiligen sich mittlerweile ca. 30 Personen an diesem parlamentarischen Frühwarnsystem, mit dem das nationale Parlament bei der Wahrnehmung und Einschätzung von supranationalen Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen unabhängiger von der nationalen Regierung wird.<sup>17</sup> Für die ebenfalls immer zahlreicher in Brüssel vertretenen subnationalen Regionen dürften demgegenüber die europäischen Förderprogramme und Kooperationen (teilweise koordiniert im Rat der Regionen) eine entscheidende Motivation darstellen, sich auf der supranationalen Ebene zu positionieren.

Richten wir nun aber das Augenmerk strikter auf die soziologische Dimension der EU-Interessenvertretungslandschaft und dabei insbesondere auf das Verhältnis von Wirtschafts- zu Arbeitnehmerinteressen. Platzer (2010) betont ebenso wie Weißels (2004), dass die im Rahmen der traditionellen integrationswissenschaftlichen Forschung zentrale vertikale Konfliktachse national-supranational bei der Analyse der gesellschaftlichen AkteurInnen weniger relevant ist als die interessenpolitischen Konfliktachsen. Neben dem altbekannten Links-rechts-Konfliktschema fallen auf europäischer Ebene insbesondere Umweltinteressen so stark ins Gewicht, dass Weißels (2004) ein dreidimensionales Konfliktschema „Arbeit, Kapital, Umwelt“ konstatiert. Dieser Befund wird auch durch die Wahrnehmung des Arbeitgebervertreters in einem Expertengespräch bestätigt, wenn insbesondere auf große Ressourcen und die öffentliche Wirksamkeit von umweltpolitischen AkteurInnen (wie

---

mittlerweile 8 spanische Gewerkschaften registriert. Für Deutschland würde der Wert laut Transparenzregister auf 4 steigen. Allerdings würde sehr wahrscheinlich auch die Zahl der Wirtschaftsverbände steigen, wenn Angaben des Transparenzregisters ergänzt würden. Im Fall von Österreich musste die Zuordnung der Arbeiterkammer korrigiert werden, weil Wonka et al 2007/08 diese nicht als Interessenorganisation der ArbeitnehmerInnen erfasst haben.

<sup>16</sup> Traditionell sehen die U.S.-Gewerkschaften den Internationalen Gewerkschaftsbund als Organisation, die ihre Interessen in der EU repräsentieren.

<sup>17</sup> [www.bundestag.de/bundestag/europa\\_internationales/eu/verbindungsbuero/index.html](http://www.bundestag.de/bundestag/europa_internationales/eu/verbindungsbuero/index.html), Zugriff 10.9.2011.

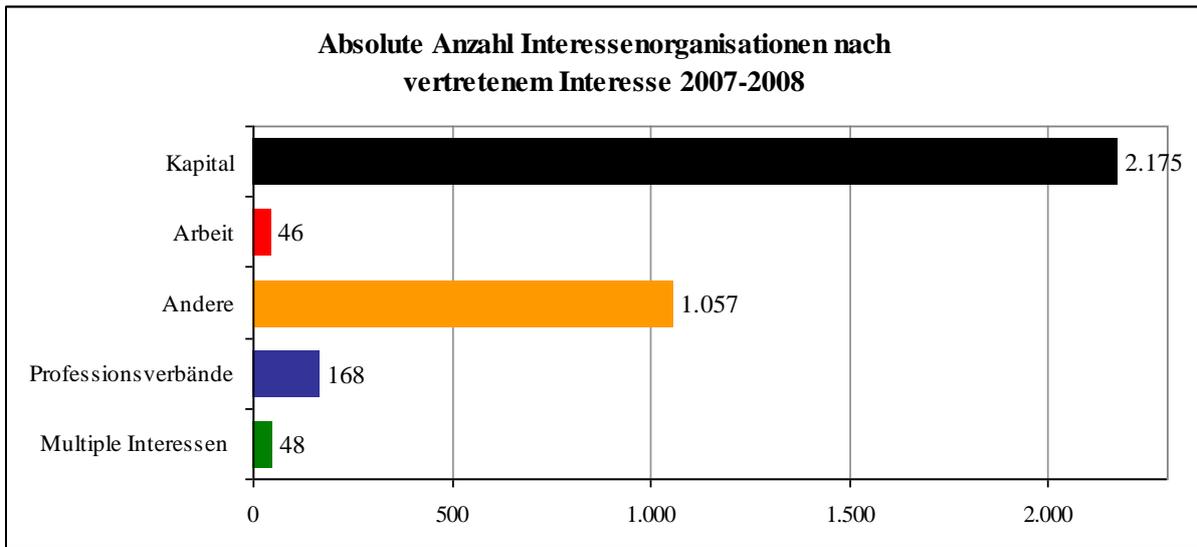
Greenpeace) aufmerksam gemacht wird (vgl. dazu aber gegensätzliche Einschätzungen im Abschnitt 4.3). Wenn in neueren Untersuchungen zwei wesentliche europapolitische Großlager – eine Wachstumskoalition und eine Nachhaltigkeitskoalition – unterschieden werden (Beyers/Kerremans 2004), so ist die jeweilige Anordnung von Wirtschafts-, Arbeitnehmer- und Umweltpolitikinteressen in diesen Großlagern nicht immer eindeutig. Treten mancherorts und zu manchen Fragen Gewerkschaften und Umweltverbände Wirtschaftsinteressen entgegen, so gibt es ebenfalls bisweilen Wirtschafts- und Arbeitnehmerbündnisse, die Umweltpolitikinteressen entgegenstehen ebenso wie Wirtschafts- und Umweltpolitikinteressen sich gegenüber Arbeitnehmerinteressen positionieren können. Lohnabhängigeninteressen werden von Arbeitgeberverbänden nicht selten mit Hinweis auf Arbeitsplätze allgemein als Wirtschaftsinteressen gegenüber umweltpolitisch motivierten WachstumskritikerInnen reklamiert, ebenso wie wirtschafts- und wachstumskritische Allianzen eine Kombination von gewerkschafts- und umweltpolitischen Interessen formulieren. Wenngleich die Formierung und die Interpretation von Interessen genuin politischen Prozessen unterliegen, lassen sich doch auf der allgemeinen Ebene die strukturellen Muster und daraus resultierende Organisationszusammenhänge beschreiben.

Erwartungsgemäß sprechen die Organisationszahlen eine deutliche Sprache im Hinblick auf das Kräfteverhältnis Kapital und Arbeit. Mit 2.176 europäischen Interessengruppen haben wir 63 Prozent aller Organisationen als Wirtschaftsinteressen kodiert,<sup>18</sup> zu denen weitere 168 Interessengruppen von Berufsgruppen hinzugezählt werden können, weil diese überwiegend als selbständige Tätigkeit in KMU ausgeübt werden. Insgesamt müssen somit 68 Prozent der Organisationen dem Lager der Wirtschaftsinteressen zugeschlagen werden. Demgegenüber liegt der Anteil der 47 Gewerkschaften (bzw. 100 gemäß Transparenzregister) gerade einmal bei ein bis zwei Prozent der europäischen Interessengruppen. Neben den gewerkschaftlichen Organisationen spielen Gewerkschaften in einigen Interessengruppen eine Rolle, die als multiple Interessenorganisation kodiert wurde, weil unterschiedliche (z.B. Wirtschafts- und Arbeitnehmerinteressen) in der Mitgliedschaft kombiniert sind. Die folgenden Grafiken 2 und 3 veranschaulichen die Verteilung gemäß dem ausgewerteten Datensatz von Wonka et al. (2007/08).

---

<sup>18</sup> Gegenüber den Gruppentypen bei Wonka et al. (2010, 5) wurden Unternehmen, Handelskammern, Beratungsunternehmen, nationale Arbeitgeberverbände, und nationale Kammervverbände als Wirtschaftsinteressen zusammengefasst. Ferner wurden die großen Kategorien „Professional Associations and Interest groups“ (n=1.848) sowie „International Organizations“ (n= 118) und „National trade and professional organizations“ (n=252) neu kodiert. Dabei wurde zwischen Wirtschaftsinteressen (Mitglieder sind Unternehmen, üblicherweise privatwirtschaftlich, aber auch in geringem Masse kommerzielle öffentliche Unternehmen und Genossenschaften), Professionsinteressen, Gewerkschaften und anderen Interessen unterschieden. Den von uns wie beschrieben bearbeiteten Datensatz stellen wir selbstverständlich auf Anfrage gerne zur Verfügung, um unsere Entscheidungen bei der Kodierung zu prüfen. Erforderlich bleibt die Recherche der recht großen Zahl von Fällen, die nicht zugeordnet werden konnten (n=254 entspricht fast 7 Prozent).

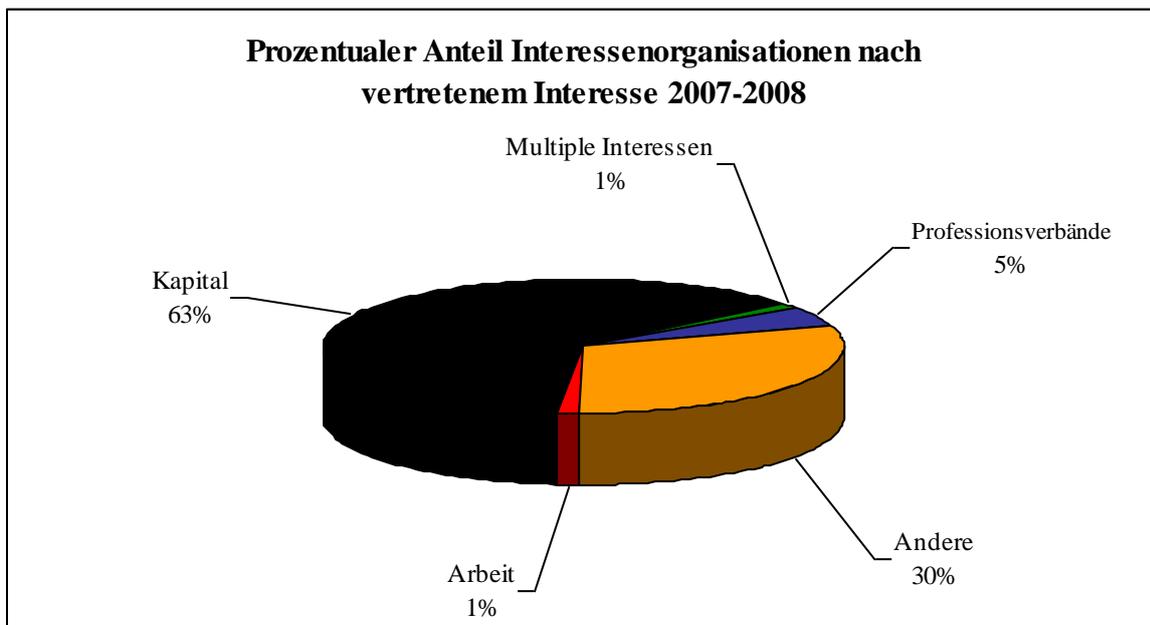
Abbildung 2: Absolute Verteilung der Interessengruppen in Europa (2007/08)



Quelle: Wonka et al. 2007/08, eigene Berechnung. N=3.673, n=3494, Fälle mit fehlenden Werten =179.

Wird die Verteilung prozentual betrachtet, zeigt sich neben dem übermächtigen Anteil von Wirtschaftsinteressen ein beachtlicher Anteil der „anderen Interessen“. Zu diesen zählen neben zivilgesellschaftlichen Interessengruppen (NGOs, Sozialverbände) auch konfessionelle Interessengruppen, aber auch ein starker Block regionaler Gebietskörperschaften und einige andere (supranationale) staatliche Organisationen. Etwa ein Drittel der anderen Interessen kann staatlichen Organisationen zugeordnet werden. Die mit 1.057 Organisationen recht große Gruppe der anderen Interessen veranschaulichen wir weiter unten am Beispiel Österreichs (vgl. Tabelle 2).

Abbildung 3: Prozentuale Verteilung der Interessengruppen in Europa (2007/08)



Quelle: Wonka et al. 2007/08, eigene Berechnung. N=3673, n=3494, Fälle mit fehlenden Werten =179.

Die folgenden Aufschlüsselungen der Interessengruppen für Österreich in Tabelle 2 und 3 dienen zum besseren Verständnis, um welche Gruppen es sich dabei handelt. Tabelle 2 stellt die Gruppen aus Österreich dar, welche bei Wonka et al. (2007/08) zu finden sind.

*Tabelle 2: Zusammensetzung der europäischen Interessengruppen: Österreich (2007)*

<i>Interessengruppen</i>	<i>Anzahl</i>
<b>Arbeitnehmerinteressen</b>	<b>2</b>
<b>Wirtschaftsinteressen</b>	<b>25</b>
Einzelunternehmen	6
Bank	3
Marktregulierung und -kontrolle	1
Handelskammer	4
Consultant	3
Industrie- Fach-, Branchenverband	3
Berufsverband	5
<b>Andere Interessen</b>	<b>31</b>
Alte Menschen	1
Sport	2
Natur	3
Entwicklungshilfe	2
Institut/Wissenschaft	3
Frauen	1
Jugend/Kulturaustausch	1
Bildungsförderung	1
Zentralstaatlich	2
Regionen	15
<b>SUMME</b>	<b>58</b>

Quelle: Wonka et al. 2007/08

Im Europäischen Transparenzregister waren im August 2011 demgegenüber bereits 89 Organisationen aus Österreich registriert. Dieser Quelle zufolge sind in Brüssel neben den Interessenorganisationen der ArbeitnehmerInnen (ÖGB und Arbeiterkammer) 44 Interessenorganisationen der Wirtschaft und 43 Organisationen registriert, die andere Interessen

*Tabelle 3: Zusammensetzung der europäischen Interessengruppen: Österreich (2011)*

<i>Interessengruppen</i>	<i>Anzahl</i>
<b>Arbeitnehmerinteressen</b>	<b>2</b>
<b>Wirtschaftsinteressen</b>	<b>44</b>
Einzelunternehmen	16
Kammern/Professionen	10
Verbände	18
<b>Andere Interessen</b>	<b>43</b>
Sozial	6
Natur	13
Entwicklung	2
Frauen	1
Institut/Wissenschaft	10
Kultur	6
Verkehr	2
Region	3
<b>SUMME</b>	<b>89</b>

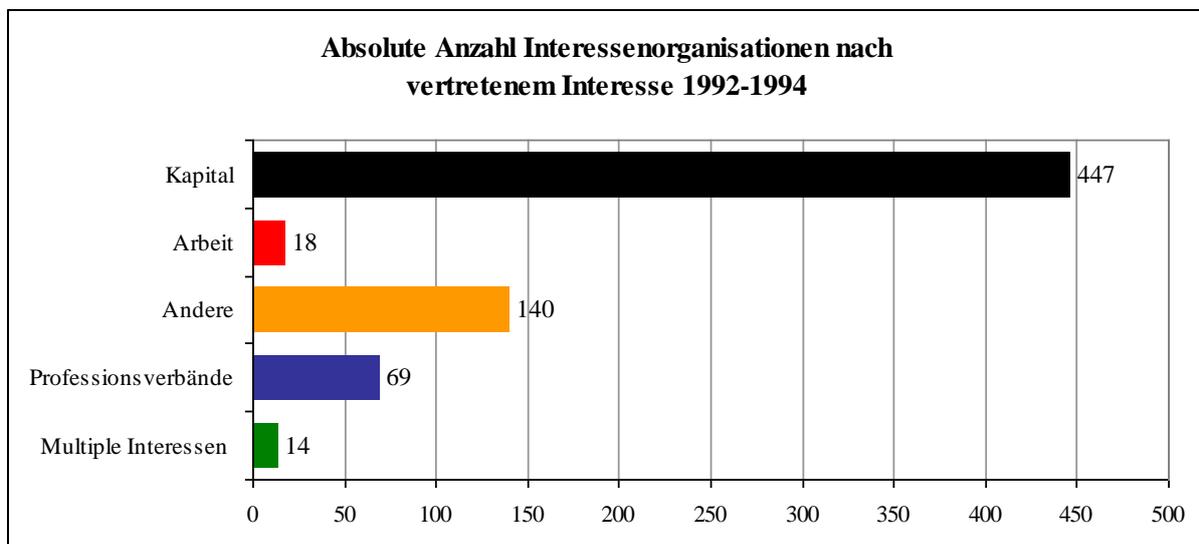
Quelle: EU Transparenzregister, Stand: 8. August 2011

vertreten. (vgl. Details in Anhang II). Offenbar hat die Einrichtung des Transparenzregisters viele Organisationen animiert, ihre Präsenz in Brüssel zu publizieren. Der landesbezogene Auszug der beiden Datensätze verdeutlicht erneut die problematische Datenlage. Zu hoffen bleibt, dass die Pflege und Weiterentwicklung des Transparenzregisters in Zukunft ein höheres Maß an zuverlässigen Aussagen erlaubt.

Einige Organisationen der Kategorie „andere Interessen“ können zumindest in manchen Fragen Partner der Gewerkschaften sein. Etwa unterstützen sowohl ATTAC als auch die österreichischen Gewerkschaften die finanzmarktkritische Lobbyorganisation Finance Watch oder die Alter EU-Bewegung für eine demokratischere und transparentere EU. Je nach Thematik sind Organisationen aus dem Bereich „andere Interessen“ aber sicherlich auch in Allianzen mit Wirtschaftsinteressen zu finden (z.B. Autoindustrie und Automobilclub). Deutlich wird bei einer Durchsicht der „anderen Interessen“, dass sie sich in der Regel auf ein bestimmtes Themengebiet konzentrieren. Mit Unternehmen und themenspezifischen Organisationen wachsen somit Partikularinteressen stärker als Interessenverbände, die ein breites Spektrum von Interessen bündeln und in vielen unterschiedlichen Politikbereichen präsent sind.

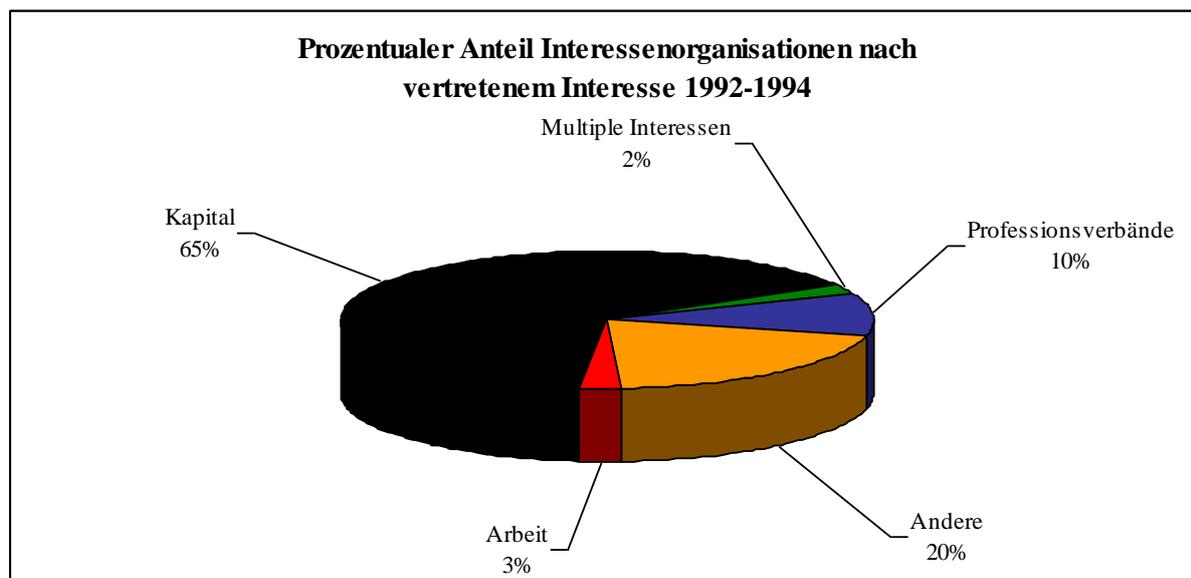
Zurück zur gesamten EU: Wie stellte sich die Verteilung der Interessengruppen vor knapp 20 Jahren dar? Zwar gibt es keine wirklich vollständig vergleichbaren Datensätze, aber die von Greenwood (1997) recherchierten Informationen erlauben eine Annäherung. Im Folgenden zunächst wieder die absolute Verteilung der Interessengruppen (1992-1994) gefolgt von der prozentualen Verteilung.

Abbildung 4: Absolute Verteilung der Interessengruppen in Europa (1992-1994)



Quelle: Greenwood 1997, 59, eigene Berechnung. N=688.

Abbildung 5: Prozentuale Verteilung der Interessengruppen in Europa (1992-1994)



Quelle: Greenwood 1997, 59, eigene Berechnung. N=688.

Anhand dieser Abbildungen im Vergleich mit den Zahlen von 2007/08 wird anschaulich, dass die Zahl der Interessengruppen seit den 1990er Jahren rasant wächst, was sich zweifellos auf die erhebliche Ausdehnung der Zuständigkeit von europäischen Institutionen in vielen Politikbereichen seit Anfang der 1990er Jahre (Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza) zurückführen lässt. Damit einher geht eine beschleunigte, wenngleich nach wie vor ungleichzeitige und ungleichgewichtige Europäisierung der Gesetzgebung (vgl. Töller 2010, Plehwe 2007, 2008). Jedenfalls wird es für immer weitere Kreise von Interessengruppen zwingend, sich in die Brüsseler Arenen und Entscheidungsprozesse einzubringen.

Vor dem Hintergrund der Daten zum besonders beschleunigten Wachstum der anderen Interessen kann vermutet werden, dass der numerische Anteil der Wirtschaftsinteressen in der jüngeren Zeit insgesamt (leicht) sinkt. Insbesondere aber scheint die Stimme der Gewerkschaften im Chor der Interessengruppen trotz absoluten Wachstums relativ zurückzugehen. Das Gewicht der meisten einzelnen Organisationen der Kategorie „andere Interessen“ dürfte allerdings i.d.R. geringer sein als das Gewicht einzelner Gewerkschaften (Mitgliederzahl) oder Unternehmen und ihrer Wirtschaftsverbände (Finanzkraft). Ferner sind viele der „anderen Interessen“, die institutionell z.B. von der Aufwertung zivilgesellschaftlicher Gruppen und Gebietskörperschaften im Rahmen der EU profitieren, monothematisch bzw. auf ein im Vergleich zu Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen enges Themenspektrum begrenzt. Schließlich mangelt es vielen Organisationen in der Kategorie an Möglichkeiten, grenzüberschreitende Interessenvertretungsarbeit effektiv zu organisieren, weil Gruppen vereinzelt Interessen repräsentieren bzw. zu schwach sind, um die europäische Mehrebenenpolitik umfassend abzudecken. Ohne die finanzielle Unterstützung der Europäischen Kommission wäre dies derzeit selbst von den Gewerkschaften kaum zu leisten, bzw. es müssten erheblich größere Anteile der Mitgliedsbeiträge in die grenzüberschreitende und europäische Arbeit investiert werden als bisher.

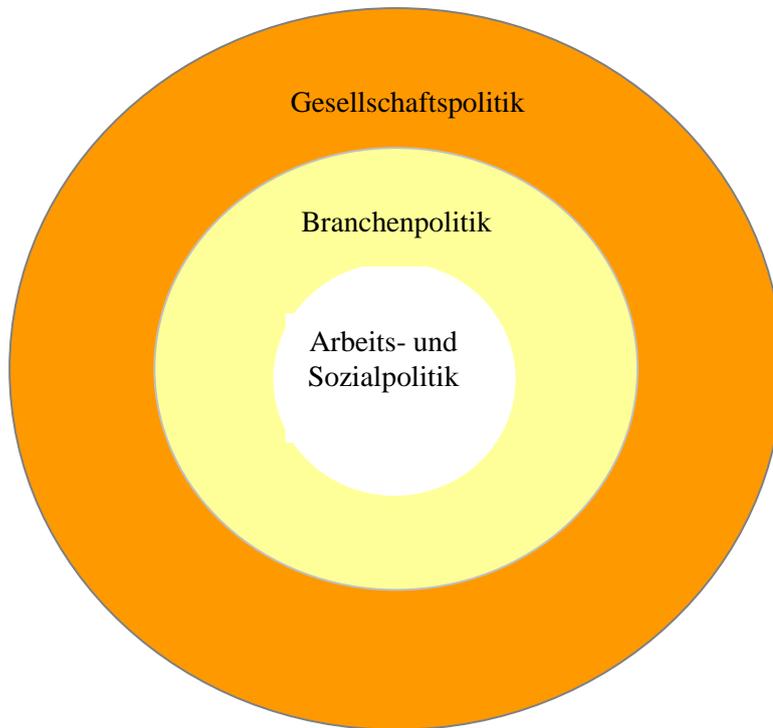
Ein Vergleich einzelner Kategorien von Interessengruppen anhand von Organisationszahlen verzerrt jedenfalls die reale Entwicklung sicherlich zum Teil gewaltig, weil in vielerlei Hinsicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. Im nächsten Abschnitt gehen wir daher einen Schritt weiter, um einen besseren Eindruck des Gewichts der AkteurInnen auf der Konfliktachse Kapital/Arbeit zu gewinnen, indem wir die Zahl der in den jeweiligen

Verbänden beschäftigten Fachreferenten bestimmen, die als ExpertInnen einen zentralen Beitrag zur Lobbyarbeit leisten können. Um einen Vergleichsmaßstab für die europäischen Verhältnisse zu gewinnen, stellen wir zunächst mit dem Wirtschafts- und Gewerkschaftslager im verhältnismäßig gut, aber im europäischen Vergleich nicht außergewöhnlich hoch organisierten Deutschland (vgl. weiter unten Abschnitt 5 zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad in verschiedenen Ländern) die Verhältnisse in einem großen Mitgliedsland dar. Anschließend schildern wir die Verhältnisse auf europäischer Ebene, wobei wir das sehr umfangreiche Arbeitgeberlager dort leider nur unvollständig darstellen können.

#### **4. Wirtschafts- und Gewerkschaftslager im Vergleich**

Werden die allgemeinen Organisationszahlen und die sich ergebende prozentuale Verteilung für eine Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit in Europa herangezogen, so entsteht ein allzu schräges Bild, weil mit 1 bis 2 Prozent ca. 50 bis 100 Gewerkschaftsorganisationen gegenüber 68 Prozent mit über 2.000 Organisationen im Wirtschaftslager einige wichtige Aspekte des Kräfteverhältnisses unberücksichtigt bleiben. Die Gewerkschaften werden bei dieser Betrachtung ‚klein gerechnet‘, wohingegen ‚andere Interessen‘ in Brüssel groß gerechnet werden, weil ihre Zahl in den vergangenen zwei Dekaden recht stark zugenommen hat. Zwar deuten die Organisationszahlen sicher richtig eine große Überzahl von Wirtschaftsinteressen an, aber eine bessere Einschätzung der Verhältnisse wird erst im Rahmen einer vertiefenden Untersuchung möglich, die z.B. auch Personal- und Mitteleinsatz sowie institutionelle Rahmenbedingungen berücksichtigt. Zu diesem Zweck kann zunächst die allgemeine, alles umfassende Europapolitik von einer Branchenpolitikebene und darunter dem Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik unterschieden werden (vgl. Abbildung 6). Die Arbeits- und Sozialpolitik ist das Kerngebiet der gewerkschaftlichen Arbeit bzw. kann in diesem Bereich die Hauptkonfliktachse Kapital – Arbeit verortet werden. Im Hinblick auf die Branchenpolitik gibt es bereits eine Reihe von Regelungsdimensionen jenseits der Arbeits- und Sozialpolitik, die aber häufig auch von Gewerkschaften bearbeitet werden, weil Beschäftigte zumindest indirekt betroffen sind. Darüber hinaus engagieren sich neben den Unternehmen und Verbänden der Branche aber häufig auch andere Interessengruppen in branchenpolitischen Fragen, wenn es z.B. um Umweltfolgen oder Verbraucherschutz geht. Die jeweiligen Interessenlagen können zu unterschiedlichen Bündniskonstellationen führen.

Abbildung 6: Unterscheidung europapolitischer Lobbyfelder



Quelle: Eigene Darstellung

Gesamtwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Fragen sind zwar für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen gleichermaßen von Belang, aber viele Gewerkschaften sind i.d.R. bereits auf dem Feld der Branchenpolitik unmittelbarer und stärker gefordert als in allgemeinen politischen Fragen, die meist an die dafür nicht hinreichend ausgestatteten Dachverbände delegiert werden.

Das Kerngebiet der Arbeits- und Sozialpolitik ist einerseits branchenspezifisch (Tarifpolitik) und andererseits übergreifend relevant (Sozialgesetzgebung). Auf europäischer Ebene werden sozialpolitische Themen im Rahmen des übergreifenden sozialen Dialogs und des sektoralen Dialogs sowie im Rahmen der Arbeit des Wirtschafts- und Sozialausschusses bearbeitet. In diesem Kernbereich wirkt die Architektur der EU der Übermacht der Wirtschaftsverbände gegenüber Gewerkschaften einerseits wirksam entgegen, weil eine paritätische Beteiligung der beiden Lager institutionell geregelt ist. Andererseits ist das Bild der Parität und einer institutionellen „Waffengleichheit“ auf europäischer Ebene nicht stimmig, weil in diesem Kerngebiet der Gewerkschaften auf der europäischen Ebene nicht viel erreicht werden kann. Arbeits- und sozialpolitische Kompetenzen geschweige denn beschäftigungspolitische Kompetenzen spielen auf der supranationalen Ebene auch nach mehr als 50 Jahren Europäische Integration noch eine sehr geringe Rolle. Die wenigen europäischen Gesetze (z.B. zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen, zu Diskriminierungsfragen, zu Arbeitszeit- und Urlaubsfragen, vgl. Falkner 2003) und die beschränkten Erfolge im sektoralen Dialog (vgl. Keller/Sörries 1999) sollten zwar nicht gering geschätzt werden, zeugen aber doch auch von einer Blockademacht der Arbeitgeberverbände auf europäischer (und was die Europäisierungsbereitschaft in diesen Fragen anbelangt auf nationaler) Ebene. Lediglich unter bestimmten Umständen gelingt es den Gewerkschaften in

arbeits- und sozialpolitischen Fragen im „Schatten des Gesetzes“ zu vertraglichen Regelungen mit den Arbeitgeberverbänden auf europäischer Ebene zu kommen.

Wie aber sehen auf europäischer Ebene die Verhältnisse der Kräfte zwischen Kapital und Arbeit im Hinblick auf den Personaleinsatz aus? Um die Situation in Brüssel einzuschätzen ist es nützlich, zunächst einen Eindruck der Situation auf nationaler Ebene zu gewinnen (vgl. die ähnliche Vorgehensweise bei Platzer 2010, 425). Wir gehen daher zunächst am Beispiel Deutschland auf ein großes Mitglied der Europäischen Union ein, das im europäischen Vergleich weder zu den besonders hoch organisierten Ländern Skandinaviens noch zu den besonders gering organisierten Ländern (z.B. Frankreich) gehört. Im Vergleich zu Österreich mit seiner starken Stellung der Arbeiterkammer in Ergänzung zu den Gewerkschaften ist Deutschland mit Blick auf die Gewerkschaftslandschaft der EU ähnlicher, weil es in Brüssel keine Österreich vergleichbaren staatlichen Institutionen gibt, die sich um die Belange der ArbeitnehmerInnen kümmern. Allerdings sind gewerkschaftliche Organisationszusammenhänge des EGB und im Rahmen des Sozialen Dialogs von der EU Kommission zum Teil maßgeblich finanziert (Kongresse, Übersetzungen etc.), was bei der Einschätzung der Stärke der Gewerkschaftsorganisationen auf europäischer Ebene berücksichtigt werden muss.

#### **4.1 Wirtschafts- und Gewerkschaftsinteressen in Deutschland im Vergleich**

Um einen Eindruck des für Lobbyzwecke verfügbaren Personals bei Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden zu gewinnen, haben wir anhand der Angaben der Organisationen im Internet die einschlägig qualifizierten Personen (z.B. Abteilungsleiter, Referenten, nicht aber mit Technik- oder Sekretariatsaufgaben betrautes Personal oder Assistenten) gezählt.<sup>19</sup> Wir gehen davon aus, dass die gezählten Personen zumindest teilweise entweder selbst als LobbyistInnen für die Organisation tätig sind, oder aber fachlich wichtige Zuarbeit für die Lobbyarbeit leisten.<sup>20</sup> Die folgende Abbildung 7 stellt die Ergebnisse im Überblick dar.

In Deutschland stehen unserer Recherche gemäß etwa 300 auf Bundesebene beschäftigten Fachleuten bei Gewerkschaften etwa 1.500 Fachleute bei den Wirtschaftsverbänden gegenüber. Auffällig ist die große Zahl von Referentinnen und Referenten beim BDI im Vergleich zur BDA. Die produktmarktseitige Lobbyarbeit erfordert auf Gesamtverbands- und Bundesebene offenbar mehr Personal als die Lobbyarbeit, die sich um Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik kümmert. Die Mitgliedsverbände der BDA sind aber den Mitgliedsverbänden des BDI im Hinblick auf Fachleute durchaus ebenbürtig.<sup>21</sup> Für die Brüsseler Verhältnisse, innerhalb derer die Arbeits- und Sozialpolitik eine vergleichsweise geringe Rolle spielt, erwarten wir demgegenüber einen relativ bescheidenen Personaleinsatz für arbeits- und sozialpolitische Fragen im Vergleich zu den Kapazitäten, die für Produktmarktfragen zu erwarten sind.

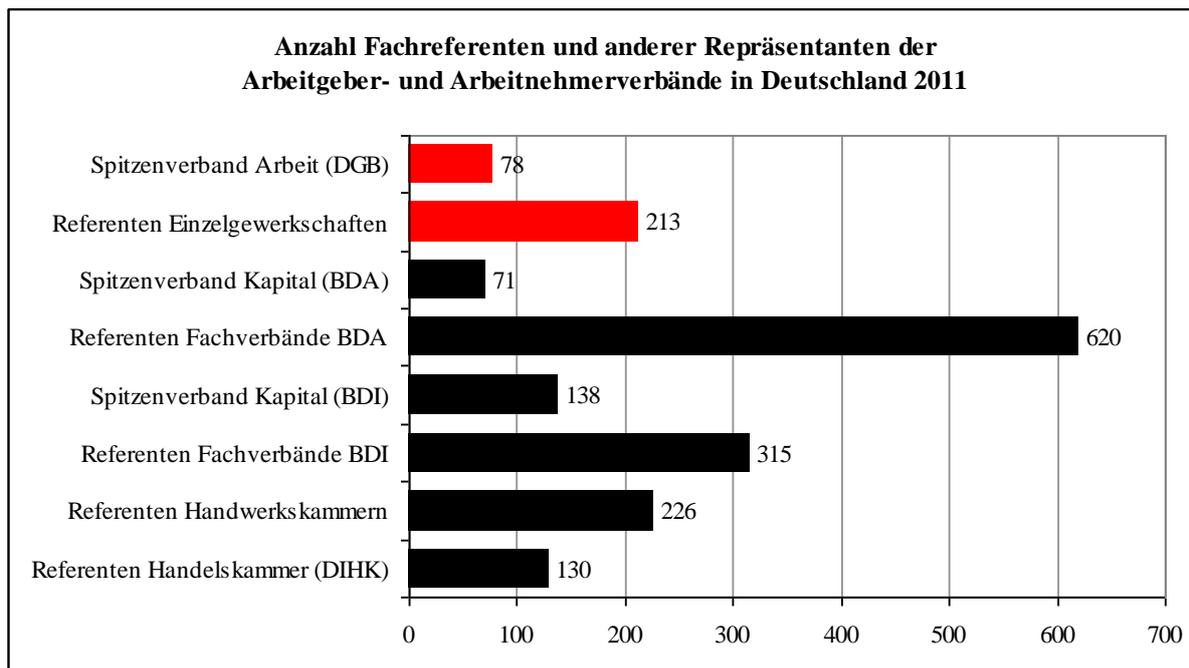
---

<sup>19</sup> In der Interessengruppenforschung gilt der Personaleinsatz als guter Indikator für die Finanzkraft der Organisation, weil die Unterhaltung eines Büros und die Finanzierung von Stellen aufwendig sind und die Anzahl der Stellen mit häufig schwierig zu ermittelnden Angaben über Budgets korreliert (Mahoney 2007, 41)

<sup>20</sup> Die umfangreichen Listen stellen wir gerne zum Nachvollziehen unserer Recherchen bereit. Ein vertiefendes Forschungsprojekt müsste die ermittelte Personengruppe mit der betreffenden Organisation besprechen, um die Ergebnisse zu kontrollieren. Dabei wäre auch zu ermitteln, ob und in welchem Umfang die jeweiligen Organisationen zusätzliche Lobbykapazität einkaufen.

<sup>21</sup> Bei den Mitgliedsverbänden sind die Angaben in der Abbildung verzerrt, weil wir bei Doppelmitgliedern (ein Verband, der sowohl in der BDA als auch im BDI vertreten ist) die Referenten nur einmal (bei der BDA) gezählt haben.

Abbildung 7: Fachpersonal Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in Deutschland



Quelle: Eigene Recherche und Erhebung. Fehlende Werte wurden durch Durchschnittswerte ergänzt. Fachverbände, die sowohl in der BDA (52) als auch im BDI (38) vorkommen (sieben Fachverbände mit insgesamt 85 Beschäftigten), wurden nur einmal (bei der BDA) gezählt.

Abgesehen von den im Rahmen unserer Internetrecherche identifizierten hauptberuflichen Fachleuten der Verbände auf Bundesebene, die sehr wahrscheinlich in der einen oder anderen Form mit Lobbyaufgaben (oder der Vorbereitungsrecherche) betraut werden, müssen im Gewerkschaftslager Beschäftigte bei der Hans-Böckler-Stiftung und der dort versammelten gewerkschaftsnahen Forschungsinstitute, der Brenner-Stiftung der IG Metall sowie ehrenamtliche Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften berücksichtigt werden, die in tripartistischen Gremien wie der Bundesanstalt für Arbeit Funktionen übernehmen. Das gleiche gilt im Arbeitgeberlager für das DIW und weitere arbeitgebernahe Stiftungen und Think Tanks sowie für das im Rahmen der tripartistischen Gremien tätige Verbandspersonal. Auf Seite der Gewerkschaften haben diese erweiterten Kapazitäten in der jüngeren Vergangenheit allerdings eher abgenommen, weil z.B. gewerkschaftsnahe Universitäten in Hamburg und Dortmund als solche aufgelöst und in Frankfurt stark verkleinert worden sind. Demgegenüber hat z.B. der Unternehmerverband Gesamtmetall mit der Initiative für eine neue soziale Marktwirtschaft eine Kampagnenorganisation entwickelt (vgl. Speth 2006), die seit dem Jahr 2000 mit einem beachtlichen Jahresetat (ca. 8 Mio. Euro) ausgestattet ist, um gesellschaftspolitischen Einfluss in Medien und bei gezieltem Publikum zu erzielen (erweitertes Lobbying bzw. Gesellschaftsberatung). Werden unterdessen lediglich die in Abbildung 7 aufgeführten Personen gezählt, so ergibt sich ein Verhältnis von etwa 5:1 zugunsten der Wirtschaftsverbände in Deutschland.

Diese zahlenmäßige Überlegenheit von einsetzbarem Fachpersonal im Wirtschaftslager erhöht sich deutlich, wenn die Zahl der LobbyistInnen aus Unternehmen, viele davon mit Repräsentanzen in Berlin berücksichtigt werden. Umgekehrt kommt zwar sicher auch das eine oder andere Mitglied aus Konzernbetriebsräten für Lobbytätigkeiten auf Gewerkschaftsseite in Frage. Aber insgesamt gibt es im Hinblick auf die Zahl der verfügbaren Fachkräfte im Wirtschaftslager gegenüber den Gewerkschaften keine Frage, dass die Wirtschaftslobbies in Deutschland auf nationaler Ebene haushoch überlegen sind

und je nach Bedarf sicher auch sehr viel leichter zusätzliche Leistungen und Kapazitäten zukaufen können (von Beratungsfirmen, Rechtsanwaltskanzleien etc.) als die Gewerkschaften, welche aber immerhin auch selbst eine beachtliche Zahl von ExpertInnen auf bundespolitischer Ebene einsetzen können. Wie sieht vor dem Hintergrund dieses Eindrucks der Verhältnisse in Deutschland die Lage in Brüssel aus?

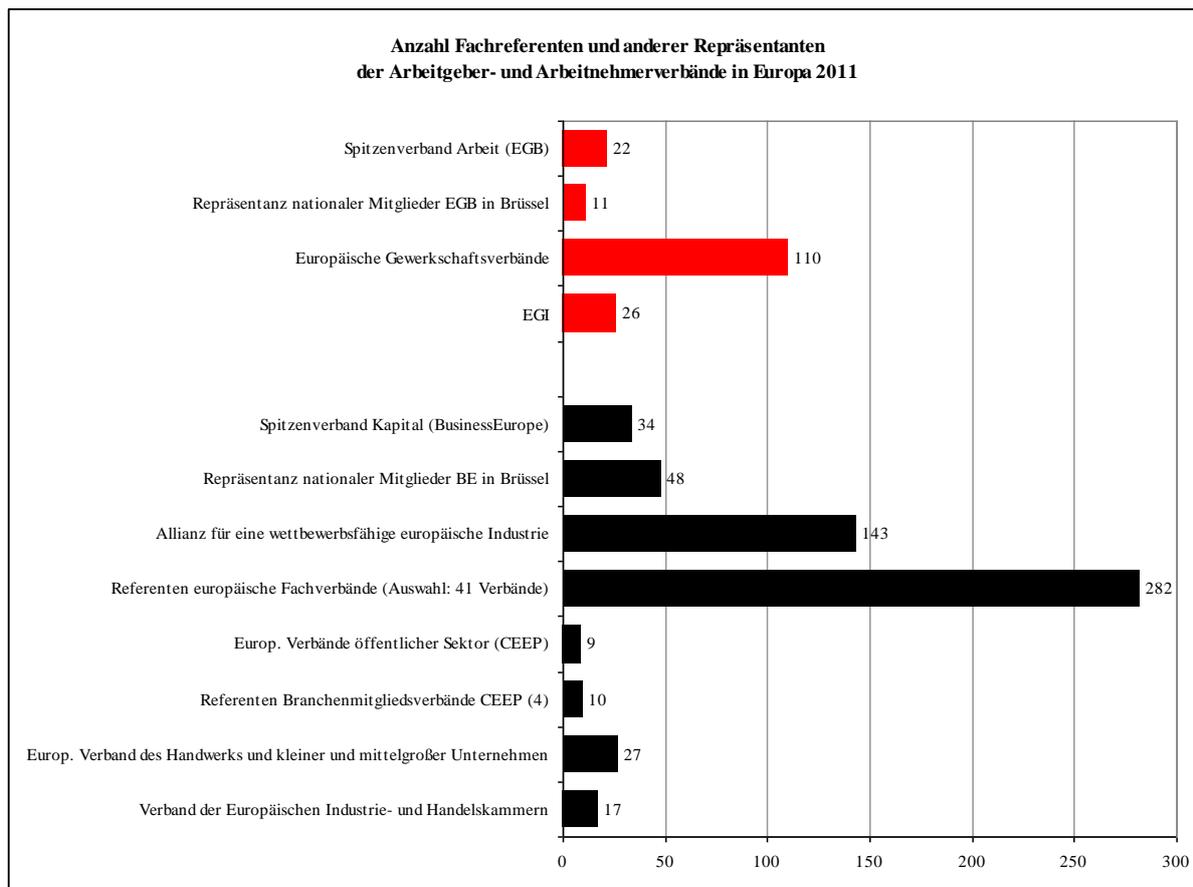
## **4.2 Wirtschafts- und Gewerkschaftsinteressen in Brüssel im Vergleich**

In Analogie zu den Verhältnissen in Deutschland haben wir uns auf das europäische Pendant zum DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften (EGB, nationale Mitgliedsverbände und europäische Berufssekretariate sowie das Europäische Gewerkschaftsforschungsinstitut EGI) einerseits und auf den Spitzenverband der europäischen Wirtschaft Business Europe, dessen nationale Mitgliedsverbände sowie europäische Fachverbände andererseits konzentriert. Während die Recherche für das Gewerkschaftslager relativ einfach zu leisten ist, stellt sich die Analyse für die Wirtschaftsseite auf europäischer Ebene als recht schwierig dar, weil der zentrale Dachverband der ArbeitgeberInnen, Business Europe, keine BDI/BDA-analoge Mitgliedschaft von Fachverbänden aufweist. Um dem deutschen Beispiel dennoch vergleichbare Strukturen abzubilden, haben wir den Versuch unternommen, die europäischen Wirtschaftsverbände zu ermitteln, bei denen die deutschen Bundesfachverbände Mitglied sind. Das erscheint legitim, weil z.B. mit der Allianz für eine wettbewerbsfähige europäische Industrie eine Gruppe von 11 europäischen Fachverbänden ohnedies prominent auf der Webseite von Business Europe erscheint. Die hier dargestellten Ergebnisse sind aber aufgrund der gewählten Vorgehensweise (ein konstruierter Vergleich) als vorläufige Annäherungen anzusehen, die im Rahmen einer umfangreicheren Forschung lediglich als Hypothese gelten können. Wenn BDI und BDA sowie die Kammern in Deutschland das gesamte Arbeitgeber- bzw. Wirtschaftslager abbilden, dann kann argumentiert werden, dass auf europäischer Ebene das gesamte Wirtschaftslager bei einem Vergleich zu berücksichtigen wäre (also die ca. 2.300 Organisationen, die als Wirtschafts- und Professionsinteressen kodiert wurden). So gesehen berücksichtigen wir hier im Vergleich zu Deutschland lediglich einen, allerdings einen vermutlich besonders relevanten Ausschnitt des Wirtschaftslagers auf EU Ebene als Gegenspieler des Gewerkschaftslagers in Brüssel.

Abgesehen von den Unterschieden im Hinblick auf die Mitgliedsverbände unterscheidet sich die Mitgliederstruktur bei Business Europe dahingehend erheblich, dass 44 Großkonzerne als Einzelmitglieder (Corporate Advisory and Support Group) geführt werden, für die es in Deutschland kein Pendant gibt. Diese werden bei der folgenden Darstellung deshalb nicht berücksichtigt. Abbildung 8 zeigt die Ergebnisse im Rahmen der gewählten Vergleichsstruktur im Überblick.

Im Hinblick auf die europäische Gewerkschaftsseite können wir recht zuversichtlich sagen, dass im Rahmen des EGB und seiner Mitgliedsverbände knapp 150 Fachleute eingesetzt werden. Mit 26 Fachleuten aus dem EGI führen wir hier gewerkschaftsseitig Personal auf, für das wir auf europäischer Ebene noch kein Pendant auf der Arbeitgeberseite auflisten können.

Abbildung 8: Führung und FachreferentInnen Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in Brüssel



Quelle: Eigene Recherche und Erhebung. Fehlende Werte wurden durch Durchschnittswerte ergänzt. Personelle Überschneidungen bei der Allianz für eine wettbewerbsfähige Industrie und bei den ReferentInnen europäischer Fachverbände wurden berücksichtigt und bei ersterer Organisation gezählt.

In Brüssel gibt es im Kreise der rasch wachsenden Zahl von Think Tanks eine Reihe von wirtschaftsnahen Instituten (vgl. Abschnitt 5). Welche Forschungsinstitute oder Think Tanks auf europäischer Ebene als Pendant zum DIW in Deutschland bzw. als Gegenspieler zum EGI gelten können, muss im Rahmen einer vertiefenden Studie erhoben werden. Zwar wird der European Roundtable of Industrialists z.B. im Landmarks Directory als Think Tank eingestuft, aber dieser europäische Spitzenverband von Chefmanagern aus Großkonzernen ist sicher nicht mit dem EGI oder dem DIW zu vergleichen (vgl. van Apeldoorn 2000).

Zu den knapp 150 bzw. inklusive EGI ca. 175 GewerkschafterInnen in Brüssel kommen vermutlich etwa 80 GewerkschafterInnen, die für nationale Einzelgewerkschaften<sup>22</sup> und weitere europäische Verbände (z.B. European Cockpit Association) arbeiten. Alles in allem dürfte es sich damit aber auf europäischer Ebene gerade einmal um so viele Gewerkschaftsfachleute handeln wie in Deutschland. Für die Gewerkschaftsverhältnisse auf europäischer Ebene insgesamt gilt also ähnliches wie für die Metallbranche – mit dem Bonmot auf den Punkt gebracht, dass der europäische Metallgewerkschaftsbund gerade einmal über so viel Personal verfügt wie die IG Metall-Verwaltungsstelle Rottweil.

In Brüssel bzw. zu europapolitischen Fragen in nationalen Hauptstädten leistet darüber hinaus aber noch eine größere Zahl von Gewerkschaftsfachleuten Lobbyarbeit, die auf

<sup>22</sup> Im Transparenzregister werden ca. 100 Gewerkschaften gelistet. Ungefähr 20 davon wurden hier bereits berechnet, weshalb wir auf ca. 80 MitarbeiterInnen kommen, wenn jede Einzelgewerkschaft mit einer Person veranschlagt wird.

nationaler Ebene beschäftigt sind. Dazu zählen z.B. etwa 10 bis 15 DGB MitarbeiterInnen und mehrere Personen aus jeder der acht Einzelgewerkschaften Deutschlands. Zur Gesamtzahl der VollzeitlobbyistInnen in Brüssel müssen also noch schätzungsweise bis zu 500 TeilzeitlobbyistInnen aus den Mitgliedsstaaten dazu gezählt werden (10 bis 20 Personen aus 27 Mitgliedsstaaten).

Demgegenüber wissen wir aus den vorhergehenden Auswertungen, dass wir mit insgesamt mindestens 2.300 Organisationen rechnen müssen, die für die Wirtschaftsseite Lobbyarbeit in Brüssel machen, also sicher über sehr viel mehr Personal in Brüssel verfügen, selbst wenn jede dieser Organisationen lediglich ein bis zwei Fachleute beschäftigen würde. Davon bilden die in Abbildung 8 enthaltenen Kräfte des Arbeitgeber-/Wirtschaftslagers nur einen, allerdings vermutlich besonders wichtigen, Teil ab. Wir haben 34 Fachkräfte bei Business Europe selbst und 55 bei nationalen Mitgliedsverbänden gezählt. Darüber hinaus konnten wir bei den 11 Mitgliedern der prominenten Alliance for a European Competitive Industry 143 Fachleute ermitteln. Für 41 europäische Fachverbände konnten wir weitere 282 Fachleute ermitteln. Zusammen mit dem Personal der öffentlichen ArbeitgeberInnen, des KMU-Verbandes sowie der Europäischen Kammerorganisation in Brüssel ergibt sich die Zahl von 592 Fachleuten. Um die Lücke zwischen den von uns recherchierten 52 europäischen Fachverbänden zu den 83 deutschen Mitgliedsverbänden bei BDA und BDI zu schließen, veranschlagen wir die Zahl des Personals der europäischen Fachverbände im Orbit von Business Europe auf 650, was eine konservative Schätzung sein dürfte (52 recherchierte Verbände mit 425 Personen plus 225 Personen für 31 Verbände). Insgesamt kommen wir auf der Basis dieser Berechnungen wie in Deutschland auf ein Verhältnis von gut 5:1 (ca. 800 Fachleute im Wirtschaftslager, ca. 150 im Gewerkschaftslager ohne EGI, weil wir die Think Tanks im Arbeitgeberlager ebenfalls nicht zählen).

Über diese Fachleute bei den Verbänden hinaus müssen im engeren Bereich von Business Europe sicher die Fachleute berücksichtigt werden, die für 44 Unternehmen in Brüssel tätig sind, die bei Business Europe als Corporate Advisory and Support Group gelistet werden (ASG Group). Aber auch die ca. 450 weiteren Unternehmen, die ein Verbindungsbüro in Brüssel unterhalten, verfügen zweifellos über Fachleute, die u.a. auch zu Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik eingesetzt werden. Die analog zur nationalen Ebene vielleicht zu berücksichtigenden Mitglieder in europäischen Betriebsräten stellen auf der europäischen Ebene sicher ein noch geringeres Gegengewicht zu den Konzernrepräsentanzen dar als auf der nationalen Ebene. Europäische Betriebsräte treffen i.d.R. höchstens ein bis zwei Mal pro Jahr zusammen.

Wenngleich wir im Rahmen dieser Kurzexpertise für das europäische Arbeitgeberlager aus Zeitgründen keine hinreichend gesicherten Zahlen zum eingesetzten Personal in Brüssel ermitteln können, so ist doch davon auszugehen, dass sich das Kräfteverhältnis auf europäischer Ebene insgesamt sehr viel stärker zugunsten der Wirtschaftsseite darstellt als auf der nationalen Ebene in Deutschland. Analog zur Untersuchung des europapolitischen Gewerkschaftslagers in den Mitgliedsstaaten müssen ja auch die europäischen Teilzeitlobbykräfte des Unternehmenslagers gezählt werden, welche die Brüsseler Vollzeitkräfte ergänzen. Business Europe nennt auf seiner Homepage 60 Arbeitsgruppen, von denen aber etwa 10-15 offenbar nicht sehr aktiv sind. Immerhin werden bei Business Europe bis zu 1.200 Expertinnen und Experten (aus Mitgliedsverbänden, Unternehmen) an dieser Arbeit beteiligt. Mindestens die Vorsitzenden der AGs werden auch in die Lobbyarbeit in Brüssel eingebunden. Diese und weitere Beteiligte kommen zweifelsohne auch für die Wahrnehmung von europäischen Interessenvertretungsaufgaben in den Hauptstädten in Frage. Wahrscheinlich sind die Mitglieder der Wirtschaftsverbände i.d.R. in einem höheren Maße in die europäische Arbeit involviert als die nationalen (Dach-)Gewerkschaften. Beispielsweise

gibt die finnische Arbeitgeberorganisation auf ihrer Webseite an, dass neben der Brüsseler Vertretung des Hauptverbandes der finnischen Wirtschaft (EK) etwa 130 ExpertInnen der Branchenverbände in Brüssel aktiv sind ([www.ek.fi/ek/de/ek\\_brussel.php](http://www.ek.fi/ek/de/ek_brussel.php)).

Was lässt sich vor dem Hintergrund dieser Recherchen also im Hinblick auf die strukturellen Kräfteverhältnisse sagen? Das drückende Übergewicht der Wirtschaftsverbände im Hinblick auf die Gesellschafts- und insbesondere die Wirtschaftspolitik allgemein wird durch das beschleunigte Wachstum anderer Interessengruppen wohl kaum geschmälert, wenngleich der Erfolg von einzelnen NGOs (Umwelt-NGOs, wirtschaftskritische NGOs) von der Wirtschaftsseite als wichtige Entwicklung wahrgenommen wird. Wenden wir die Metapher des Tauziehens an, so verfügt die Wirtschaftsseite auf europäischer Ebene jedenfalls gegenüber Gewerkschaften und anderen Interessen über sehr viel mehr Teams. Zwar können Gewerkschaften und andere Interessen in manchen Feldern möglicherweise in einzelnen Auseinandersetzungen ganz gut mithalten. Dafür sind sie aber bei vielen Wettkämpfen wahrscheinlich nicht einmal in der Lage, ein Team aufzustellen. Die großen Ressourcen der Wirtschaftsverbände ermöglichen es darüber hinaus, die Teams besser zu schulen und bei Bedarf zu wechseln.

Weniger das riesige Übergewicht der Wirtschaftsverbände als der Eindruck des insgesamt schwindenden Gewichts der Gewerkschaften aufgrund des besonderen Wachstums der anderen Interessen relativieren sich ein wenig, wenn die Personalstärke der Verbände untersucht wird. Zwar ist das Übergewicht der Wirtschaftsverbände gegenüber Gewerkschaften hier sicher größer als auf der nationalen Ebene in Deutschland (5:1), aber das Gewerkschaftslager dürfte im Hinblick auf Personal- und Finanzstärke wesentlich stärker sein als viele der anderen Interessen. Darüber hinaus sind wohl nur die Gewerkschaften ähnlich wie die Wirtschaftsverbände sehr systematisch über die Ebenen der europäischen Politik hinweg „verzahnt“, können also das Mehrebenenlobby-Geschehen zumindest in manchen Fragen ähnlich (mit-)gestalten wie die Wirtschaftsverbände oder könnten dies zumindest, wenn die Ressourcen zu diesem Zweck systematisch eingesetzt würden.

Insgesamt aber muss in der Tat ein gewaltiges Übergewicht des Wirtschaftslagers auch und gerade gegenüber dem Gewerkschaftslager konstatiert werden. Dieses übersetzt sich zwar nicht nahtlos in Lobbyeinfluss, weil Einfluss von Interessen im Allgemeinen nicht immer und unbedingte auch höheren Einfluss auf konkrete Gesetzgebung bedeutet. Bei letzterem spielen neben der Stärke der Interessengruppe insbesondere auch die Thematik (stark im öffentlichen Bewusstsein oder randständig) und die Konfliktkonstellation zur Thematik eine große Rolle, aber auch die institutionelle Anordnung des politischen Systems (winner takes all versus Kompromissorientierung) (vgl. Mahoney 2007). Aber das außerordentliche Gewicht des Wirtschaftslagers ist zweifelsohne bereits für die Grundmuster und Dynamiken von europäischer Politik in hohem Maße entscheidend, während andere Interessen demgegenüber meist nur an der einen oder anderen Stelle nachgeordnet Bedeutung erlangen.

Im Hinblick auf die Branchenpolitik können die jeweils konkreteren Verhältnisse nochmals besser veranschaulicht werden. Dazu gehen wir im folgenden Abschnitt 4.3 kurz auf verschiedene Branchen im Transportsektor und auf die Lobbyverhältnisse in finanzwirtschaftlichen Fragen etwas genauer ein. Bleibt der Versuch einer Einschätzung der Lobbymachtverhältnisse im gewerkschaftspolitischen Kernbereich der Arbeits- und Sozialpolitik.

Bereits die angedeutete Übermacht von 5:1 im engeren Bereich der Arbeitgeber- und Gewerkschaftslobby auf Verbandsebene stellt die Parität im Rahmen von Institutionen wie dem Wirtschafts- und Sozialausschuss bzw. den sozialen Dialogen in Frage, welche der

Überlegenheit der Wirtschaftslobbies im engen Feld der europäischen Arbeits- und Sozialpolitik zwar entgegenwirkt, sie aber wohl kaum aufzuwiegen in der Lage ist. Die Arbeitgeberaufgaben im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik sind in Brüssel überschaubar, weil hier die institutionelle Einflusslogik der EU generell noch sehr beschränkt ist und die Gewerkschaften bei der Entwicklung einer europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik nicht sehr durchsetzungsfähig waren. In dieser Hinsicht reichen den Arbeitgeberverbänden also ähnlich wie den Spartanern in der historischen Schlacht bei den Thermopylen geringe Kräfte, um die gegnerischen Kräfte im Zaum zu halten.<sup>23</sup>

Die Frage des Kräfteverhältnisses lässt sich diesen Überlegungen folgend jedenfalls nicht alleine anhand der Zahl der beteiligten Organisationen, ihres verfügbaren Personals und weiterer Ressourcen ermesen. Vielmehr muss der institutionelle Rahmen, in dem die widerstreitenden Kräfte wirken, auch dahingehend selbst als wichtiger Faktor erfasst werden, dass einerseits die Relevanz und der Umfang des Gegenstands durch die institutionelle Anordnung bestimmt werden (z.B. die große EU-Bedeutung in der Wirtschaftspolitik im Vergleich zur geringen in der Sozialpolitik) und andererseits der Zugang gesellschaftlicher Kräfte zu den Verhandlungsarenen und Entscheidungsträgern dadurch sehr ungleich strukturiert wird (paritätischer Zugang der Gewerkschaften im europapolitisch nicht sehr relevanten Feld der Arbeits- und Sozialpolitik im Vergleich zum nicht paritätischen Zugang in vielen anderen, europapolitisch sehr viel wichtigeren Politikfeldern).<sup>24</sup>

Schließlich muss bei der Einschätzung von Kräfteverhältnissen aber auch immer bedacht werden, dass sich strukturelle Verhältnisse nicht 1:1 in Relationen im Zeitverlauf übersetzen lassen. Auseinandersetzungen sind häufig Dynamiken ausgesetzt, die mit dem strukturellen Gewicht und den eingesetzten Kräften der AkteureInnen nicht viel zu tun haben (müssen): Politikzyklen oder Krisenzyklen können die Übermacht eines Akteurs bisweilen stark mindern. Beispielsweise benötigten die Lobbykräfte der Finanzbranche vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise vermutlich weniger Personal, um größeren Einfluss zu nehmen als nach der Krise bzw. genügten nach der Krise auch zahlenmäßig unterlegene Kräfte, um die Übermacht der Finanzbranche punktuell in Frage zu stellen. Für die Forschung ergibt sich daraus jedenfalls die Frage, wie das Verhältnis von strukturellen und dynamischen Aspekten bei der Analyse von Kräfteverhältnissen (in der Europapolitik) besser berücksichtigt und untersucht werden kann. Darüber hinaus kann und muss sich die Untersuchung von Kräfteverhältnissen in Europa auf eine ganze Reihe von weiteren Feldern erstrecken; so etwa gelangte der Einfluss gesellschaftlicher Kräfte in den Expertengruppen der EU erst ansatzweise in den Fokus von Untersuchungen, die hier ein z.T. starkes Übergewicht von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden vermuten lassen.<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> Im Unterschied zum Ansturm der Perser auf den Engpass sind die Gewerkschaften in Brüssel allerdings zahlenmäßig keineswegs überlegen

<sup>24</sup> Eine hervorragende Untersuchung zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der deutschen Rentenpolitik leistet Diana Wehlau (2009). Erst mit der Debatte über die Stärkung der privaten Altersvorsorge wurden die zentralen Politiknetzwerke für die Lobbykräfte der Finanzwirtschaft geöffnet, wodurch sich die Kräfteverhältnisse stark zuungunsten der traditionellen sozialpolitischen AkteureInnen änderten.

<sup>25</sup> vgl. Alter EU, 2008, Secrecy and corporate dominance - a study on the composition and transparency of European Commission Expert Groups, Brüssel. In 11 von 44 untersuchten Gruppen stellten Wirtschaftsvertreter mehr als die Hälfte aller Mitglieder. In 60 Prozent der Fälle waren Wirtschaftsvertreter gegenüber anderen Interessengruppen überrepräsentiert (online: [http://www.corporatejustice.org/IMG/pdf/expertgroups\\_report.pdf](http://www.corporatejustice.org/IMG/pdf/expertgroups_report.pdf), Zugriff: 1.9.2011). Vgl. auch den Beitrag von Yiorgos Vassalos in Alter EU (2010).

### 4.3 Beispiele auf Branchen- und Politikfeldebene

Wenn das allgemeine Kräfteverhältnis zwischen Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften genauer eingeschätzt werden soll, bietet sich eine Differenzierung nach Branchen und Politikfeldern an, die wir im Rahmen dieser Expertise leider nur beispielhaft leisten können. Anhand der besonders aktuellen Auseinandersetzung um die Regulierung der Finanzwirtschaft soll im folgenden aber kurz auf die Veränderung der Kräfteverhältnisse eingegangen werden, die sich aufgrund der Formierung einer neuen Lobbykraft von Gewerkschaften und anderen Gruppen auf europäischer Ebene ergeben können. Daran anschließend gehen wir am Beispiel von Bereichen der Transportwirtschaft auf die Kräfteverhältnisse in traditionellen Branchen ein, weil die Umstände der verschiedenen Lager auf dieser Ebene sehr anschaulich dargestellt werden kann. Abschließend resümieren wir eine Studie zu den Kräfteverhältnissen in der Klimapolitik, weil hiermit die Rolle und Bedeutung anderer Interessen (hier Umweltgruppen) konkretisiert werden kann.

#### **Finanzpolitik: Finanzwirtschaft contra Finance Watch**

Vorab eine Wikipedia-kritische Vorbemerkung. Seit der Gründung der finanzwirtschaftskritischen Lobby-NGO Finance Watch im Jahr 2011 zirkuliert die Zahl von 700 LobbyistInnen der Finanzwirtschaft in Brüssel, die angeblich über ein Budget in Höhe von 400 Mio. Euro verfügen. Diesen stehen mit der Gründung von Finance Watch 12 finanzkritische LobbyistInnen gegenüber, so der Wikipedia Eintrag zu Finance Watch ([http://de.wikipedia.org/wiki/Finance\\_Watch](http://de.wikipedia.org/wiki/Finance_Watch), Zugriff 23.12.2011). Die dort getroffenen Einschätzungen stützen sich u.a. auf einen Fernsehbericht ([http://boerse.ard.de/content.jsp?key=dokument\\_543192](http://boerse.ard.de/content.jsp?key=dokument_543192)), der sich wiederum auf Angaben von Finance Watch (nicht näher erläutert) bezieht. Offensichtlich ist: Es gibt Bedarf an hinreichend gesicherten Quellen, die im Falle der Lobbykraft der Finanzwirtschaft den finanzkritischen Kräften sicher haushoch überlegen sind. Wie hoch, ist derzeit, wie bereits mehrfach in dieser Analyse dargestellt, nicht ohne weiteres zu ermitteln, weil insbesondere die für Lobby-Aufgaben verwendeten Summen in Europa kaum zu ermitteln sind, erst mit einem verbindlichen Lobbyregister zumindest einigermaßen zuverlässig ermittelt werden könnten.

Anhand des U.S. Lobbyregisters kann demgegenüber bereits viel genauer nachvollzogen werden, dass die Investmentbranche in den USA (darunter die berüchtigten Hedgefonds) vor der Finanzkrise (2006) mit US\$60 Mio. viel weniger Geld ausgaben als im Verlauf der Krise (2007-2009 je mehr als 80 Mio., 2010 mehr als 100 Mio., vgl. [www.opensecrets.org/lobby/indusclient.php?id=F07&year=a](http://www.opensecrets.org/lobby/indusclient.php?id=F07&year=a)). 2010 wurden dabei übrigens 795 LobbyistInnen registriert, die für knapp 300 Auftraggeber tätig waren. Die Zahl 700 in Europa ist vor diesem Hintergrund durchaus plausibel. Allerdings muss bereits die Finanzkraft beim Lobbyismus weiter problematisiert werden.

Sicherlich würde niemand aufgrund der Entwicklung der Lobbyausgaben der Investmentbranche in den USA davon ausgehen, dass diese 2006 weniger einflussreich gewesen ist als 2010. Vielmehr können Lobby-Ausgaben in Krisenzeiten möglicherweise umgekehrt als Indikator für relativen Einflussverlust herangezogen werden. Interessant ist demgegenüber aber gleichwohl, dass die für Lobbying verwendeten Summen auch schon in den besseren Zeiten vor der Krise (gemeldete \$US 60 Millionen!) durchaus nicht gering zu schätzen sind. Noch interessanter ist, dass solche bereits sehr großen Beträge offenbar bei Bedarf ohne weiteres fast verdoppelt werden können (und trotz einer großen Finanzkrise)! An Geld gibt es bei den Unternehmen und Verbänden der Finanzwirtschaft offenbar wahrlich

keinen Mangel. Wie aber sieht die Lage in Europa aus, wenn die verfügbaren Daten zu Rate gezogen werden?

Soll das neue Transparenzregister nach Unternehmen und Verbänden der Finanzwirtschaft durchforstet werden, so stehen wir unmittelbar vor der Schwierigkeit, dass die Thematik Finanzwirtschaft keinen eigenen Interessenschwerpunkt darstellen, nachdem gesucht werden kann. Unter 35 Schwerpunkten kann das Interessengebiet Finanzwirtschaft vermutlich bei Wirtschaft, Binnenmarkt oder Steuern gesucht werden, das sind drei von 35 Schwerpunkten im Transparenzregister, nach denen die Online Recherche organisiert werden kann (<http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/search.do?reset=de#de>). Zum Glück gibt es Data-Mining Software, mit deren Hilfe das gesamte Register heruntergeladen wurde. Die damit hergestellte Excel-Datenbank erlaubt eine zielgenauere Untersuchung, deren Ergebnis im Folgenden dargestellt werden kann.

Die Suche nach den Wörtern wie „Bank“, „Banque“, „Banca“, „Finanz“, „Finance“, „Versicherung“, „Insurance“, „Kredit“, „Credit“ etc. und zufällige Funde (Nachbareinträge der gefundenen Finanzinteressen) ergab insgesamt 107 Organisationen, darunter sechs, die nicht dem Wirtschaftslager zugeschlagen werden können (NGO, Think Tank, oder Gewerkschaft). Im Folgenden listen wir die 26 europäischen oder internationalen Verbände, 38 nationale Verbände und 35 Unternehmen sowie die anderen Interessengruppen im Einzelnen auf. Die meisten Organisationen machen keine Angaben zu Personal und Budget. Laut Register kämen wir bei den gefundenen Organisationen gerade einmal auf 97 Personen und knapp € 2 Mio. Ausgaben. Das wären 603 Personen und € 398 Mio. weniger als die Schätzung bzgl. der Zahl und Finanzkraft der LobbyistInnen der Finanzwirtschaft.

*Tabelle 4: Interessengruppen Finanzwirtschaft*

<b>Europäische / Internationale Verbände (26)</b>
Association of Foreign Banks
Association of Consumer Credit Information Suppliers
Confédération Internationale des Banques Populaires
Consumer Finance Association
Euribor-EBF
EU Federation for the Factoring and Commercial Finance Industry
European Association for Investors in Non-Listed Real Estate Vehicles
European Association of Co-operative Banks
European Association of Corporate Treasurers
European Association of Credit Rating Agencies
European Association of Public Banks and Funding Agencies AISBL
European Banking Federation
European Banking Industry Committee
European Development Finance Institutions
European Financial Services Round Table
European Savings Banks Group
European Network of Credit Unions
Finance & Leasing Association
Futures and Options Association
Institute of International Finance
International Credit Insurance & Surety Association
International Emissions Trading Association
International Securities Lending Association
Network of European Financial Institutions for Small and Medium Sized Enterprises
Stichting De Zilveren Eeuw
VOTUM Verband Unabhängiger Finanzdienstleistungs-Unternehmen in Europa e.V.
<b>Nationale (regionale) Verbände (38)</b>
AfW –Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.
AEM – Associação de Empresas Emitentes de Valores Cotados em Mercado (aka Portuguese Issuers)
Amap-Associação Mutua Financeira Livre Dos Armadores Da Pesca Geral Do Centro
Associazione Bancaria Italiana
Association des Banques et Banquiers, Luxembourg (4 Personen)
Association Française des Intermédiaires Bancaires
Asociación Hipotecaria Española
Associazione Nazionale delle Società di Collocamento di Prodotti Finanziari e di Servizi di Investimento
Bayerischer Bankenverband e.V. (3 Personen)
Beroepsvereniging van Zelfstandige Bank- en verzekeringsbemiddelaars
British Bankers' Association
Bundesverband der Wertpapierfirmen e.V.
Bundesverband deutscher Banken e.V.
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands
Confederación Española de Cajas de Ahorros
Confédération Nationale du Crédit Mutuel

The Danish Employers' Association for the Financial Sector (FA)  
 Deutscher Derivate Verband  
 Deutscher Sparkassen- und Giroverband  
 Deutsches Aktieninstitut  
 Fédération bancaire française  
 Fondbolagens Frening  
 Irish Funds Industry Association  
 Les entreprises coopératives  
 Markenverband  
 Nederlandse Vereniging van Banken/Dutch Banking Association  
 Österreichischer Sparkassenverband  
 Realkreditraadet (Association of Danish Mortgage Banks)  
 Svenska Fondhandlareföreningen  
 Swedish Bankers' Association  
 Syndicat Des Intermediaires en Operations de Banque  
 Unità Tecnica Finanza di Progetto  
 Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V./Association of Foreign Banks in Germany  
 Verband der Finanzdienstleistungsinstitute e.V./Association of Financial Services Firms  
 Verband Deutscher Bürgschaftsbanken e.V.  
 Verband deutscher Pfandbriefbanken e.V.  
 Wirtschaftskammer Wien/Fachgruppe Finanzdienstleister  
 Zentraler Kreditausschuss

#### **Unternehmen (35)**

Allianz SE  
 Ava & Partners  
 Banca Monte Dei Paschi Di Siena SPA  
 Bank J. Van Breda & C°  
 Bank of America  
 BNP PARIBAS (plus drei weitere BNP Unternehmen)  
 BPCE (Groupe) - Banques Populaires & Caisses d'Epargne  
 CA Consumer Finance (anciennement dénommé SOFINCO)  
 Casden Banque Populaire  
 Commerzbank AG  
 Crédit Agricole S.A.  
 CreditSights Limited  
 Danske Bank  
 Delta Lloyd Groep  
 Deutsche Börse AG  
 Einlagensicherung der Banken und Bankiers GmbH  
 Euroclear SA/NV  
 HAL9000 Limited  
 Intesa Sanpaolo  
 Investitionsbank Schleswig-Holstein  
 LCH.Clearnet Group Ltd  
 MACIF  
 MarketAxess Europe Ltd  
 NRW Bank  
 Primatus Ecofinance Consulting bvba

REWE Zentralfinanz eG  
 Riksbankens Jubileumsfond  
 Shooters Hill Capital Partners LLP  
 Sparkasse Zollernalb  
 Standard Chartered Bank  
 Thüringer Aufbaubank  
 UniCredit  
 Visa Europe  
 Wiener Börse AG  
 Związek Banków Polskich

**Gewerkschaft/NGO/Think Tank (8)**

Build a Better Bank (? Möglicherweise eher Consulting)  
 CEE Bankwatch Network  
 Centre d'Étude et de prospective stratégique  
 Climate Bonds Initiative  
 European Financial Inclusion Network  
 Fédération Européenne des Cadres des Etablissements de Crédit  
 Forum Ethibel  
 Nordic Financial Unions

*Quelle: Auszug Transparenzregister, Stand: August 2011; eigene Recherche*

Diese Liste ist bei weitem nicht vollständig. Es fehlen so gewichtige Unternehmen wie die Deutsche Bank, sicherlich auch viele nationale und einige europäische Verbände. Wenn die BPCE Gruppe alleine 14 Personen angibt, der Bayerische Bankenverband drei Personen und wir auf der Website der European Banking Federation 26 Personen identifizieren können, die als Advisor, Senior Advisor oder in Leitungsfunktionen die Gruppe der hauptamtlichen Fachleute des Verbandes bilden, so ist es sicher, dass für die Unternehmen und Verbände der Finanzwirtschaft etliche hundert Personen in Brüssel für Lobbyaufgaben bereit stehen. Das Institute of International Finance verdient besondere Beachtung, weil es vermutlich die mächtigste Lobbygruppe darstellt. Das Institut agiert weltweit in verschiedenen Arbeitsgruppen und repräsentiert eine beachtliche Mitgliedschaft im globalen Finanzsektor. Leider werden im Internet keine Angaben zur Anzahl der MitarbeiterInnen gemacht. Aber wir erfahren im Jahresbericht von 2010, dass mehr als \$28 Mio. U.S. Dollar ausgegeben wurden (vgl. die unter Ressourcen vorgehaltene Broschüre online: [www.iif.com/membership/](http://www.iif.com/membership/), Zugriff 10.9.2011).

Um die sich im Umlauf befindliche Zahl von 700 LobbyistInnen der Finanzbranchen zu prüfen, müssten die identifizierten Lobbybüros im Einzelnen untersucht werden, was teilweise nicht über das Internet möglich ist. Eine ganze Reihe von weiteren finanzwirtschaftlichen Interessengruppen bildet aber eine insgesamt unübersichtliche Landschaft, die genauer zu bestimmen und zu ordnen eine wichtige Aufgabe für transparentere Politik in Europa darstellt, weil die strukturelle Macht der Finanzwirtschaft in der Vergangenheit in der Lage war, die Koordinaten der Europapolitik weitreichend zu verschieben (vgl. Bieling 2003). Und auch heute ist es keineswegs so, dass die FinanzmarktakteurInnen sich bescheiden zurückziehen. Wer z.B. weiß, dass die European Association of Corporate Treasurers Ausnahmeregelungen im Derivatehandel für Nicht-Banken durchsetzen will und damit neue Schlupflöcher in der Regulierungsstruktur schaffen könnte? Weil die Grenzen zwischen Banken und Nicht-Banken (also z.B. Industrieunternehmen, die aber selbst sehr stark in Finanzmärkten aktiv sind) fließend sind – bereits Hilferding (1968[1910]) bearbeitete

bekanntlich das Problem des Finanzkapitals – ist es keineswegs selbstverständlich, dass für Nicht-Banken bei Finanzmarktgeschäften andere Regeln (verringerte Auflagen) gelten sollten. Nur aufgrund von fundiertem Hintergrundwissen über die globalisierten Finanzmärkte und ihre AkteurInnen ist es möglich, in den Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen in Europa (oder Washington) zu intervenieren, die komplexe Materie nicht den ExpertInnen aus der Finanzwirtschaft zu überlassen. Die Voraussetzungen für eine kritische Kontrolle und möglicherweise eigene Initiativen finanzmarktkritischer AkteurInnen haben sich in jüngster Zeit mit der Gründung von Finance Watch immerhin verbessert.

Diese Gegenseite wiederum lässt sich relativ gut beschreiben, weil es sich um eine sehr übersichtliche Zahl von Organisationen und Personen handelt, die mit der neugegründeten Finance Watch NGO einen organisatorischen Rahmen erhalten hat. Mit einem Jahresbudget von 2 Millionen Euro bildet die neue NGO seit Juni 2011 erstmals eine Plattform für zuvor verstreut arbeitende finanzwirtschaftskritische Lobbykräfte aus Gewerkschaften, NGOs, Verbraucherverbänden etc. Insgesamt 40 Organisationen und 17 individuelle ExpertInnen tragen die neue NGO als Mitglieder, darunter 12 Gewerkschaften. Insgesamt bilden aus diesem Organisationsnetzwerk und den mit ihm verbundenen individuellen ExpertInnen etwa 35 Personen in Brüssel den harten Kern der finanzmarktkritischen Lobby in Europa, darunter etwa 10-15 Gewerkschaftsfachleute (bei den Finance Watch tragenden Gewerkschaftsorganisationen).

Wenngleich die Zahl der Personen auf dieser Seite in der Tat übersichtlich ist, kann der Einfluss der Gruppe nach der Finanzkrise punktuell größer sein als es die numerische Stärke nahelegt, weil viele ParlamentarierInnen und große Teile der Öffentlichkeit der geballten Macht der Finanzlobby kritischer gegenüber stehen als vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

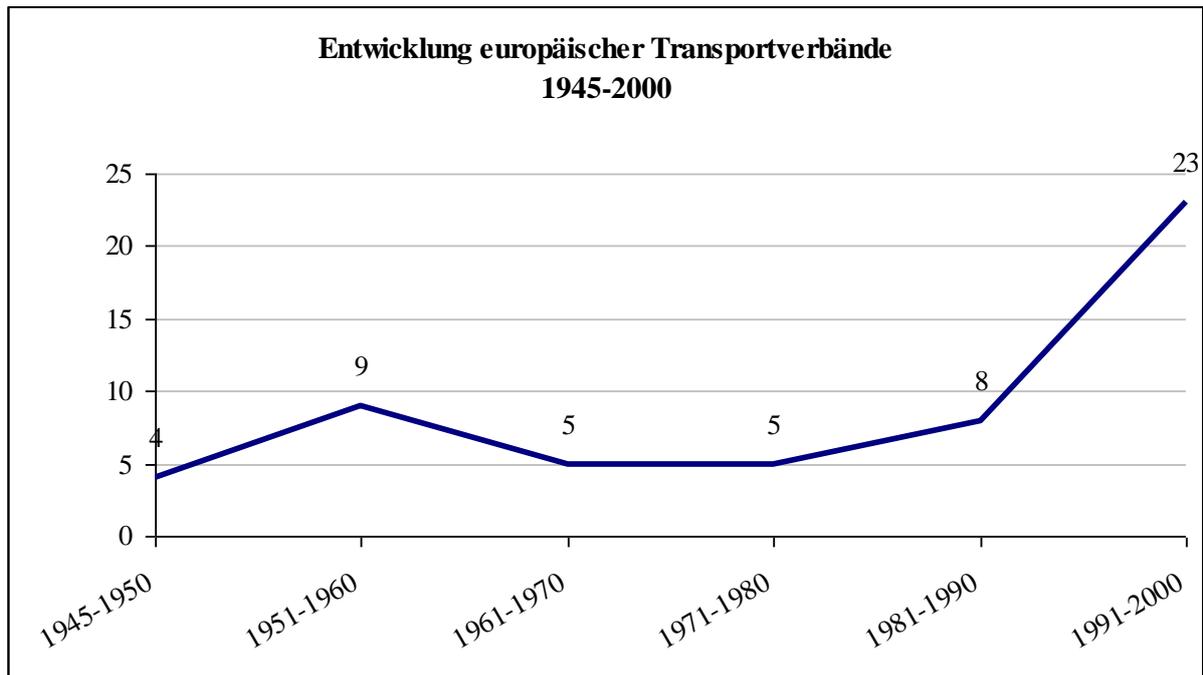
Allerdings hat die Arbeit von Finance Watch gerade erst begonnen, und mögliche (Teil-) Erfolge beim Lobbying sind bestenfalls erste Schritte zur Beschränkung des Einflusses der Interessengruppen der Finanzwirtschaft auf die Finanzpolitik insgesamt. Eine Verringerung der Lobbymacht der Finanzwirtschaft in der EU müsste sich z.B. in der veränderten Zusammensetzung der Expertengruppen zu finanzwirtschaftlichen Fragen niederschlagen.

*Tabelle 5: Mitgliedsorganisationen Finance Watch*

• Anticor
• Attac France
• <input type="checkbox"/> Bureau Européen des Unions de Consommateurs (BEUC)
• CCFD-Terre Solidaire
• <input type="checkbox"/> CECODHAS Housing Europe
• <input type="checkbox"/> Centrale Nationale des Employés (CNE)
• Centre for Banking, Finance and Sustainable Development, University of Southampton
• Ecosocial Forum Europe
• <input type="checkbox"/> European Federation of Investors (EuroInvestors)
• European Metalworkers' Federation (EMF)
• <input type="checkbox"/> European Trade Union Confederation (ETUC) <input type="checkbox"/>
• <input type="checkbox"/> Fédération Européenne des Cadres des Etablissements de Crédit (FECEC )
• <input type="checkbox"/> Fédération CFDT des Banques et Assurances
• Fédération des Associations Indépendantes de Défense des Epargnants pour la Retraite (FAIDER)
• <input type="checkbox"/> Fédération des Métiers de la Finance et de la Banque CFE-CGC
• Friends of the Earth
• <input type="checkbox"/> Institut pour le Développement de l'Information Économique et Sociale (IDIES)
• <input type="checkbox"/> Institut Veblen pour les Réformes Économiques
• <input type="checkbox"/> La CGT
• <input type="checkbox"/> new economics foundation (nef)
• <input type="checkbox"/> Nordic Financial Unions (NFU)
• Observatoire de la Finance
• <input type="checkbox"/> Oxfam
• <input type="checkbox"/> Réseau Financement Alternatif
• <input type="checkbox"/> Revenue Watch
• <input type="checkbox"/> Rosa Luxemburg Stiftung, Brussels Office
• <input type="checkbox"/> Secours Catholique-Réseau Mondial Caritas Paris
• <input type="checkbox"/> Sherpa
• <input type="checkbox"/> Solidar
• <input type="checkbox"/> Stichting Onderzoek Multinationale Ondernemingen (SOMO)
• <input type="checkbox"/> Tax Justice Network International Secretariat
• <input type="checkbox"/> The Norwegian Confederation of Trade Unions
• <input type="checkbox"/> Transparency International - EU Office (TI-EU)
• <input type="checkbox"/> TUC/Unite
• <input type="checkbox"/> UNI Europa
• <input type="checkbox"/> UNSA Banques et Assurances
• <input type="checkbox"/> VERDI (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft)
• <input type="checkbox"/> VZBV (Verbraucherzentrale Bundesverband)
• <input type="checkbox"/> Weltwirtschaft Ökologie & Entwicklung (WEED)
• <input type="checkbox"/> World Development Movement

Quelle: Finance Watch

Abbildung 9: Entwicklung europäischer Transportverbände



Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Angaben aus: EC Commission Interest Group Directory, Yearbook of International Organisations, Deutsche Verkehrszeitung, vgl. Anhang II.

### **Verkehrspolitik: Europäische Transportarbeitergewerkschaft (ETF) contra Wirtschaftsverbände im Transportsektor**

Traditionell war die Verkehrspolitik eine Bastion der Nationalstaaten, die erst nach dem Binnenmarktprogramm auf die europäische Agenda gerückt wurde. Diese Verschiebung war eine Konsequenz der nationalstaatlichen Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik, deren Kehrseite die transnationale Integration der Verkehrsmärkte darstellt (vgl. Plehwe 1997, 2000). Vor der grenzüberschreitenden Liberalisierung und den weiteren Schritten zur Errichtung eines europäischen Verkehrsbinnenmarktes operierten in Brüssel lediglich die Dachverbände nationaler Verbände im Straßengüterverkehr und Speditionswesen sowie der Binnenschifffahrt und Hochseeschifffahrt. Die Angelegenheiten der großen staatlichen Transportunternehmen (bzw. Verwaltungen!) im Eisenbahn- und Luftverkehr sowie der Post wurden im Rahmen der Fachministerräte besprochen. Die europäischen Transportgewerkschaften waren in Brüssel mit einem kleinen Büro (Geschäftsführer, Sekretariat) vertreten. Nach der Liberalisierung und Privatisierung kam es demgegenüber zu einer ganzen Reihe von Verbandsgründungen, die in der folgenden Abbildung zusammengefasst werden. Die nachfolgende Tabelle 6 erläutert die Gründungen näher.

Tabelle 6: Neugründung Europäischer Verbände im Verkehrssektor seit Implementierung der Binnenmarktstrategie

Branche Jahr	Straße*	Schiene	Spedition**	Post/Express	Verlader / andere Interessen
1988	Union of Int. Rail-Road Transport ( <b>UIRR</b> )	Community of European Railways ( <b>CER</b> )	UIRR (see Road)		
1989				Ass. of Europ. Express Carriers ( <b>AEEC</b> ), split	Europ. Express Organisation
1990					Transport & Environment
1991					Union of Europ. Railw. Industries ( <b>UNIFE</b> )
1992				PostEurop	
1993	Europ. Road Safety Fed.				
1993	European Intermodal Association ( <b>EIA</b> ), UIRR companies withdraw				Europ. Council of Transport Users
1994		European Association for Railway Interoperability	Freight Forwarders Europe ( <b>FFE</b> )		Efficient Customer Response; University Netw. In Logistics; Europ. Freight and Logistics Leaders
1995	Federation of European Movers Associations ( <b>FEDEMAC</b> )				Initiative Transport Europe; Transatlantic Business Dialogue
1997	European Car Transp. Group; ( <b>UETR</b> )	European Infrastructure Managers ( <b>EIM</b> )			Fed. of European Direct Marketing Ass. Supply Chain Council Europe
1998	Groupement des Transports Combinés ( <b>GTC</b> )				
1999			Europ Freight Forwarders Ass. ( <b>EFFA</b> )		European Service Forum
2000		Nordic Infrastructure Managers ( <b>NIM</b> )		Europ. Express Ass. ( <b>EEA</b> ), merger AEEC EEO)	European Rail Circle (Rail Users)

\*Seit Ende der 1980er haben verschiedene nationale Verbände von Fuhrunternehmen in Brüssel Büros eröffnet, darunter der deutsche BGL, der niederländische TLN und ein französischer Verband.

\*\*Im Laufe der 1990er schieden verschiedene CLECAT Mitglieder im Rahmen eines Konflikts über die Arbeitsteilung mit FIATA aus. Quelle: [http://www.europa.eu.int/comm/secretariat\\_general/sgc/lobbies/en/dom24.htm](http://www.europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgc/lobbies/en/dom24.htm), zusätzliche internetbasierte Recherche in transportwirtschaftlichen Medien.

Unsere Forschung hat ergeben, dass im Zuge der Verlagerung der Verhandlungsarenen und Entscheidungskompetenzen in der Verkehrspolitik nach Brüssel bis Anfang 2000 mindestens acht Unternehmen, drei nationale Straßengüterverbände, zwei Verbände im kombinierten Verkehr sowie weitere Verbände bei der Eisenbahninfrastruktur sowie Großkonzernverbände in der Spedition und für Expressdienstleistungen (hier kombiniert Großkonzerne und KMU) Büros in Brüssel eröffnet haben. Dazu kommen die Europäischen Verbände der Eisenbahngesellschaften (öffentliche und private) sowie der Postunternehmen. Ferner verstärkte die International Road Union als wichtigste Interessengruppe im Straßenverkehr (sowohl gewerbliche Transportdienstleister als auch Werkverkehr) ihr Personal um 5 Personen auf 11 Personen. Insgesamt konnten wir ermitteln, dass im Laufe der 1990er Jahre mindestens 40 neue Fachleute für die Verkehrsbranchen in Brüssel eingesetzt wurden. Demgegenüber vergrößerte die Europäische Transportarbeitergewerkschaft (ETF) seinerzeit das Büro von 2 auf 4 Personen (Plehwe et al. 2002), die auch noch für die Fischerei und Hafenwirtschaft zuständig waren. Mittlerweile (2011) sind bei der ETF zwar insgesamt 12 Personen als Fachkräfte beschäftigt, aber die Verbände und Unternehmen der Verkehrswirtschaft sind den Gewerkschaftskräften in Brüssel bei weitem überlegen. Dies wird deutlich, wenn wir eine Branche des Transportsektors genauer betrachten.

Für den Eisenbahnverkehr ist bei der ETF genau eine Person zuständig. Die Arbeit der zuständigen Sekretärin wird im Rahmen einer europäischen Arbeitsgruppe von einigen Kolleginnen und Kollegen auf nationaler Ebene regelmäßig und engagiert – über die Teilnahme an zwei Sitzungen im Jahr hinaus – unterstützt. Insgesamt dürfte das europapolitische Eisenbahngewerkschaftslager damit eine Vollzeitlobbyistin und ca. 8 Teilzeitlobbyisten umfassen. Diesen gegenüber stehen alleine bei der Gemeinschaft Europäischer Bahnen (CER) 17 Fachleute (Advisor und höher, [www.cer.be/about-us/team/staff](http://www.cer.be/about-us/team/staff)), 5-6 Fachleute der European Infrastructure Managers, eine Person ERFA (private Güterbahnunternehmen), ca. 20 Personen bei UITP (regionaler Personenverkehr), EPTO (eine Person, privater ÖPNV), 4-5 Personen im Kombiverkehrsverband (UIRR), eine Person bei der europ. Organisation privater Rolling Stock, 2-3 bei CLECAT (Spedition, tritt auch als Kunde von Bahnunternehmen auf) sowie 5-6 Personen beim Verband der Hersteller von rollendem Material (UNIFE) und ca. 3 Personen, die für die privaten Bahnkunden arbeiten (UIP). Diese Liste umfasst somit über 50 Personen in Brüssel (gegenüber einer Person bei ETF), die natürlich ebenso wie die Gewerkschaft mit Fachleuten aus nationalen Mitgliedsverbänden europapolitisch aktiv sind. Zwar könnte eingewandt werden, dass gerade im Eisenbahnverkehr eine eher sozialpartnerschaftliche Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herrscht, aber gleichwohl ist offensichtlich, dass die durchaus unterschiedliche Interessen vertretenden WirtschaftsvertreterInnen mit sehr viel mehr Personal- und Finanzkraft ihre Interessen in Brüssel verfolgen können als die Gewerkschaften. In umweltpolitischen Fragen werden diese möglicherweise an manchen Stellen durch NGOs (z.B. die Kampagne für eine europäische Straßennutzungsgebühr<sup>26</sup>) verstärkt, aber der mit der Privatisierung und Deregulierung verbundene Personal- und Sozialabbau konnte z.B. nicht im Rahmen einer solchen Allianz bekämpft werden. Die aktuelle Liberalisierung des Langstreckenbusverkehrs und des nationalen Personenverkehrs lassen unterdessen befürchten, dass Europa eine den USA vergleichbare Entwicklung der weitgehenden Einschränkung des Eisenbahnpersonenverkehrs noch bevorsteht (vgl. zur USA Plehwe 2000).

---

<sup>26</sup> Die Petition "Fair prices for freight transport – a HGV kilometre charge for the whole of Europe" wurde Anfang 2000 von 19 internationalen und 438 nationalen Verbänden und Gruppen unterzeichnet (Plehwe et al. 2002).

## **Klimapolitik: Umweltinteressen contra Wirtschaftsinteressen**

VertreterInnen von Wirtschaftsinteressen weisen in Lobbydiskussionen gerne auf die Macht der Umweltverbände hin, wenn die Übermacht der Wirtschaftsverbände kritisiert wird. Diesbezüglich sind die Ergebnisse einer Studie zur Beteiligung von Umwelt- und Wirtschaftslobbies an den neuen Instrumenten der EU-Kommission von großem Interesse, um zu einer realistischen Einschätzung der jeweiligen Einflussmöglichkeiten zu gelangen. Weil gerade umweltpolitische Lobbygruppen von Wirtschaftsseite als Konkurrenz sehr ernst genommen werden, ist es nötig, sich die unterschiedlichen Möglichkeiten der verschiedenen Interessengruppen zu vergegenwärtigen.

Umwelt- und sozialpolitische NGOs sind bisweilen in der Lage, durch Skandalisierung und medienwirksame Auftritte einen großen Effekt in der Öffentlichkeit zu erzielen. Darin können NGOs Wirtschaftsverbänden tatsächlich als überlegen gelten. Allerdings zeigt eine Untersuchung von Anne Therese Gullberg anhand der Beteiligung an europäischen Eingaben von Positionspapieren und Stakeholder Meetings zu Fragen der Klimapolitik, dass die Wirtschaftskräfte im Hinblick auf das Einspeisen von Expertise den Umweltgruppen bei weitem überlegen sind. Von 302 Antworten auf Anfragen der Kommission zum Emissionshandel stammten über die Hälfte von Unternehmen, 25 Prozent von Verbänden, 11 Prozent von NGOs und 7 Prozent von staatlichen Behörden (Gullberg 2011, 40). An den Stakeholder Treffen zu dieser Frage nahmen mit 8-12 Vertretern der energieintensiven Wirtschaft (also die größten Stromverbraucher und damit Großkunden der Energiebranche) alleine mehr Delegierte teil als die Umweltgruppen (5-6 zu nur drei der vier thematischen Meetings) entsenden konnten. Die Zahl der TeilnehmerInnen von traditionellen Energieunternehmen hielt sich mit 2-3 pro Meeting die Waage mit Delegierten von Unternehmen der erneuerbaren Energiebranche. Schließlich nahm auch Business Europe noch mit jeweils zwei Delegierten an den Treffen teil (Gullberg 2011, 41).

Gullberg veranschaulicht mit ihrer Studie, dass die komplexe Maschinerie des europäischen Regierungssystems sich als sehr viel empfänglicher für die Lobbyarbeit der Wirtschaftsverbände erweist, weil diese besser positioniert sind, um Expertise in den Politikprozess einzuspeisen und langfristige Kontakte zu pflegen, wohingegen die Stärke der NGOs durch direkte Aktionen und mediale Inszenierung in den meisten Phasen des Politikprozesses nicht ausgespielt werden kann. Skandalisierung und öffentlichkeitswirksame Aktionen sind meist erst möglich, wenn bereits ein großer Schaden entstanden ist, also häufig oder meist erst dann, wenn wesentliche politische Entscheidungen gefallen sind. Ferner veranschaulicht Gullberg, dass die Umweltgruppen i.d.R. lediglich in der Lage sind, befreundete Kräfte im Staatsapparat zu kontaktieren und gegebenenfalls in ihrem Interesse zu beeinflussen. „Business groups on the other hand, are able to cast a wider web of influence across different directorates. They can afford to lobby friends and foes alike, cultivate longer-term relationships and stay engaged throughout the entire policy-making cycle and related discussions with different directorates and institutions. They therefore wield stronger influence when the essential details of broad policy principles are being thrashed out“ (Gullberg 2011, 43).

Bei der Bewertung der Stärke, mit der Umweltgruppen manchmal in der Öffentlichkeit wirken, ist also der spezifische Gegenstand der Aufregung zu berücksichtigen. Oft ist es ein Skandal am Rande des politischen Geschehens, das an sich nach wie vor nicht oder kaum von Umweltgruppen in ähnlicher Form beeinflusst werden kann wie von Seiten der Wirtschaftslobbies. Gleichzeitig stellt sich in diesem Zusammenhang für Umweltgruppen wie für Gewerkschaften die Frage, wie sie der Mehrebenenpolitik gemäße Arbeitsstrukturen und Kapazitäten aufbauen können, wenn sie nicht auf einer überwiegend reaktiven Position verharren wollen.

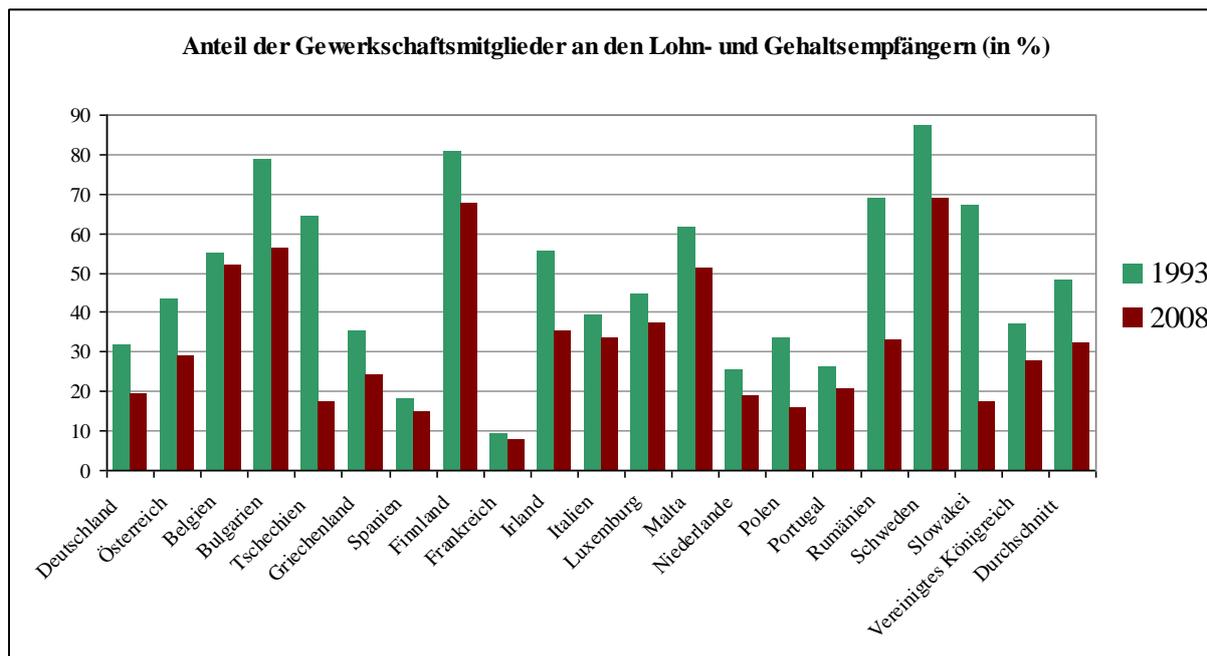
Ein weiteres Beispiel in der Klimapolitik zeigt, dass die Mobilisierung von erheblichen finanziellen Ressourcen auch Außenseiterinteressen im Wirtschaftslager großes Gewicht verleihen kann. Mit einer Studie zeigte die U.S.-amerikanische WissenschaftlerInnenorganisation Union of Concerned Scientists, dass Exxon Mobile alleine mit erheblichen Mitteln für Studien von befreundeten Wissenschaftlern und Think Tanks in der Lage war, sogenannte klimawandelskeptische Positionen in der breiten Öffentlichkeit (in den USA vor allem) zu verankern (Union of Concerned Scientists 2007). Zwar konnte Greenpeace USA die finanziellen Aufwendungen öffentlich gut dokumentieren (<http://www.greenpeace.org/usa/en/campaigns/global-warming-and-energy/exxon-secrets/>), aber auch hier zeigt sich, dass der mit Hilfe einer veritablen Desinformationskampagne erzielte Einfluss nicht durch Skandalisierung korrigiert werden konnte. Dieses elitäre (Think Tank-)Modell versteckter bzw. erweiterter Einflussnahme, also ein nicht unmittelbar auf die Gesetzgebung zielendes Lobbying, ist ein wichtiger Aspekt der Diskussion über die Aushöhlung der Demokratie, insbesondere über den Einflussverlust traditioneller demokratischer Großorganisationen wie Parteien und Mitgliederverbände (Mair 2006). Darauf gehen wir abschließend etwas genauer ein, weil die Frage nach den Kräfteverhältnissen ohne diese veränderten Rahmenbedingungen nur unzureichend zu beantworten ist.

## **5. Postdemokratische Verhältnisse: Was kommt nach der sozialen Demokratie auf nationaler Ebene?**

Um Kräfteverhältnisse in Brüssel zu ermitteln, können die bisher genutzten Indikatoren wertvolle Dienste leisten. Gleichzeitig können einzelne Indikatoren isoliert betrachtet wie gezeigt in die Irre führen bzw. zumindest ein verzerrtes oder unvollständiges Bild aktueller Verhältnisse und Dynamiken abgeben. Neben den mehr oder weniger zuverlässigen Zahlen über die organisatorische, Personal- und Finanzstärke auf europäischer Ebene, die ein starkes Übergewicht der Wirtschaftsverbände im Generellen, einen beschränkten Einfluss der Gewerkschaften in weniger relevanten Politikfeldern sowie ein relatives Absinken der strukturellen Positionen von Gewerkschaften trotz absoluter Zuwächse (Organisationen, Personal, vermutlich auch Finanzen) auf europäischer Ebene andeuten, müssen weitere Informationen über das relative Gewicht der Gewerkschaften und damit auch der Wirtschaftsinteressen in der Gesellschaft herangezogen werden, um Stand und Entwicklung von Kräfteverhältnissen einzuschätzen. Die folgende Übersicht zeigt die in diesem Zusammenhang sehr wichtige, in allen Ländern (mehr oder weniger stark) negative Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades in den Mitgliedsländern der EU.

Zwar kommen die europäischen Gewerkschaften auch 2008 noch auf einen Durchschnittswert in Höhe von knapp über 30 Prozent, aber 1993 waren noch beinahe 50 Prozent der Beschäftigten in europäischen Staaten Mitglied in einer Gewerkschaft, die dementsprechend über höhere Einkünfte aus Beiträgen verfügte und damit auch größere Mittel zur Einflussnahme in Politik und Gesellschaft verfügte – und zudem noch interessanter war als Wahlstimmenblock. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten sind die Gewerkschaften in Europa damit noch sehr gut gestellt. In den USA liegt der Organisationsgrad in der privaten Wirtschaft mittlerweile bei weit unter 10 Prozent. Lediglich im öffentlichen Sektor (über 30 Prozent Organisationsgrad) spielen die U.S. Unions noch eine größere Rolle, wenn von einigen traditionellen Industriebastionen abgesehen wird.

Abbildung 10: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Europa



Quelle: Eigene Berechnungen anhand: Visser, Jelle (2011): Data Base on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts, 1960-2010 (ICTWSS), online unter: <http://www.uva-aias.net/208>. Zugriff 31. August 2011.

Aber aufgrund der Schwäche der Gewerkschaften in den USA insgesamt fallen die Lobby-Ausgaben der Gewerkschaften gegenüber den Ausgaben von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden praktisch nur noch aufgrund der Stärke der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst ins Gewicht, weshalb sich zuletzt dort die anti-gewerkschaftlichen Attacken konzentrierten, wie z.B. in Wisconsin (vgl. Saleh 2011).

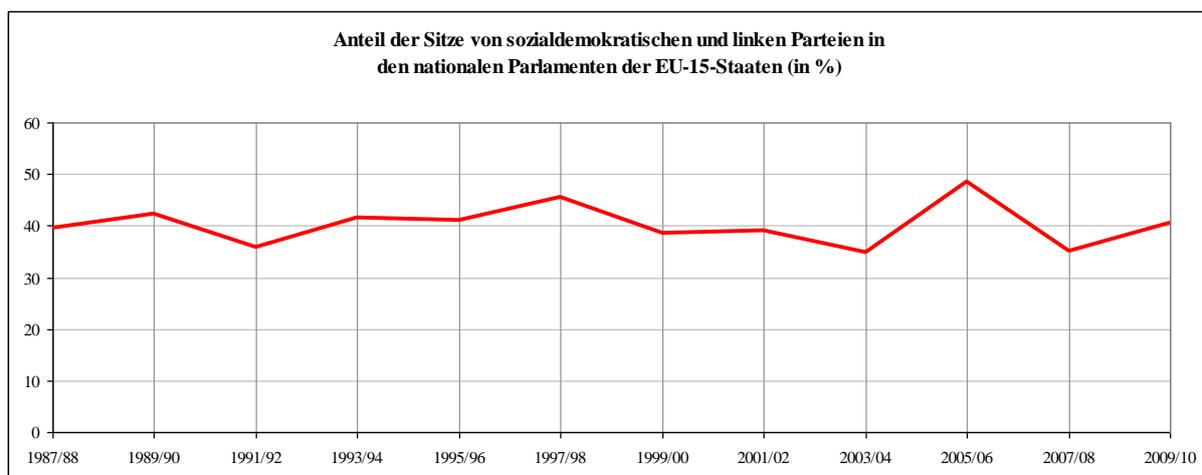
Quo vadis Europa? Die zum Teil dramatischen Verluste (vor allem in Mittel- und Osteuropa) sind durch die besonderen Umstände der Transformationsprozesse vom Sozialismus zum Kapitalismus bedingt. Viele Unternehmen und ganze Branchen konnten unter Weltmarktbedingungen nicht konkurrenzfähig arbeiten. Aber auch in den westlichen Ländern ist die De-Industrialisierung und damit häufig der Niedergang der Gewerkschaften zum Teil sehr stark: In Ländern wie Deutschland oder Österreich sank der Organisationsgrad um ein Drittel und selbst die skandinavischen Gewerkschaftshochburgen Schweden und Finnland büßten mehr als 10 Prozent des Organisationsgrades ein. Lediglich in Belgien und Italien scheint die Welt noch in Ordnung, was den gewerkschaftlichen Organisationsgrad anbelangt, wobei insbesondere bei den italienischen Gewerkschaften ein sehr hoher Anteil von Rentnerinnen und Rentnern die Mitgliederbilanz verbessern. Darüber hinaus wirken in diesen beiden Ländern ebenso wie in den anderen Teilen der EU der Strukturwandel der Wirtschaft und die umfassenden Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitslebens negativ auf die Position der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, weil das grundlegende gewerkschaftspolitische Ziel der Solidarisierung der Beschäftigten schwerer zu erreichen ist. Die zunehmende und zunehmend internationalisierte Konkurrenz in der Wirtschaft ist damit immer stärker auch eine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, (um Löhne und Arbeitsbedingungen), welche die Gewerkschaften im Interesse der Beschäftigten eigentlich zu unterbinden suchen. Verluste beim Organisationsgrad bedeuten somit eine zunehmende Individualisierung und damit eine Stärkung wirtschaftlicher Interessen, selbst wenn die Bindungskraft der Wirtschaftsverbände auch erodiert: Starke Arbeitgeberverbände entstehen als Reaktion auf starke Gewerkschaften.

Angesichts der sinkenden Organisationsmacht haben manche Gewerkschaften aus der Not eine Tugend gemacht dahingehend, als sie sich zunehmend als Teil einer umfassenderen sozialen Bewegung verstehen, also einen engeren Schulterschluss von Beschäftigten und Arbeitslosen, von Gewerkschaftsmitgliedern und engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die nicht in Gewerkschaften organisiert sind, suchen – auf nationaler wie europäischer Ebene. Von Wirtschaftsvertretern wird die starke Entwicklung von wirtschaftskritischen NGOs als eine der wichtigsten Veränderungen benannt. Weil die europäischen Gewerkschaften nach wie vor einen erheblichen strukturellen Einfluss in der Gesellschaft haben, werden die Verbindungen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sicherlich genau beobachtet (vgl. zu den Stimmungsschwankungen, aber auch dem Stimmungswandel der europäischen Gewerkschaften Kowalsky 2011). Für diese Entwicklung ist nicht nur der Aufschwung von anderen Interessen in Europa und der relative Niedergang der Gewerkschaften in den Mitgliedsstaaten selbst relevant, sondern auch das zum Teil stark verringerte politische Gewicht, das traditionell aus der engen Verbindung zwischen Gewerkschaften und insbesondere sozialdemokratischen Parteien resultierte.

### Verschiebungen im Lager der Sozialdemokratie

Der folgende Überblick zeigt zunächst keine große Veränderung der Wahlanteile der sozialdemokratischen und linken Parteien in Europa (EU 15) seit den späten 1980ern.

Abbildung 11: Wahlergebnisse sozialdemokratische Parteifamilie



Quelle: Eigene Berechnung anhand: Datenbank „Wahlen, Parteien, Regierungen“ der Abteilung „Demokratie“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Stand: 23.08.2011.

Der Anteil der sozialdemokratischen und linken Parteienfamilie an den Wahlergebnissen ist im Gesamtverlauf bestenfalls leicht gesunken. Im Zeitraum liegt bekanntlich der Höhenflug, den viele sozialdemokratische Parteien im Anschluss an die New Labor Strategie der britischen Labour Partei verfolgten. Aber in diesem Fall vermittelt der Eindruck von Stabilität keinen Eindruck von den inneren Verschiebungen im Lager der Sozialdemokratie. Fanden Gewerkschaften bei sozialdemokratischen VolksvertreterInnen und Regierungsoffiziellen traditionell leichten Zugang und häufig Unterstützung bei politischen Anliegen – in Ländern mit starker christlicher Gewerkschaftsbewegung wie Belgien oder Italien gilt das natürlich auch für Teile der konservativen bzw. christlichen Parteifamilie – so führte die Entwicklung von neuen sozialdemokratischen Strategien etwa in Großbritannien oder Deutschland (vgl. Unger et al. 1998) zu einer zeitweise sehr starken und bis heute anhaltenden Entfremdung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Im Europäischen Parlament ist der Anteil der sozialdemokratischen, grünen und linken Parteifraktionen nach 1994 deutlicher gesunken,

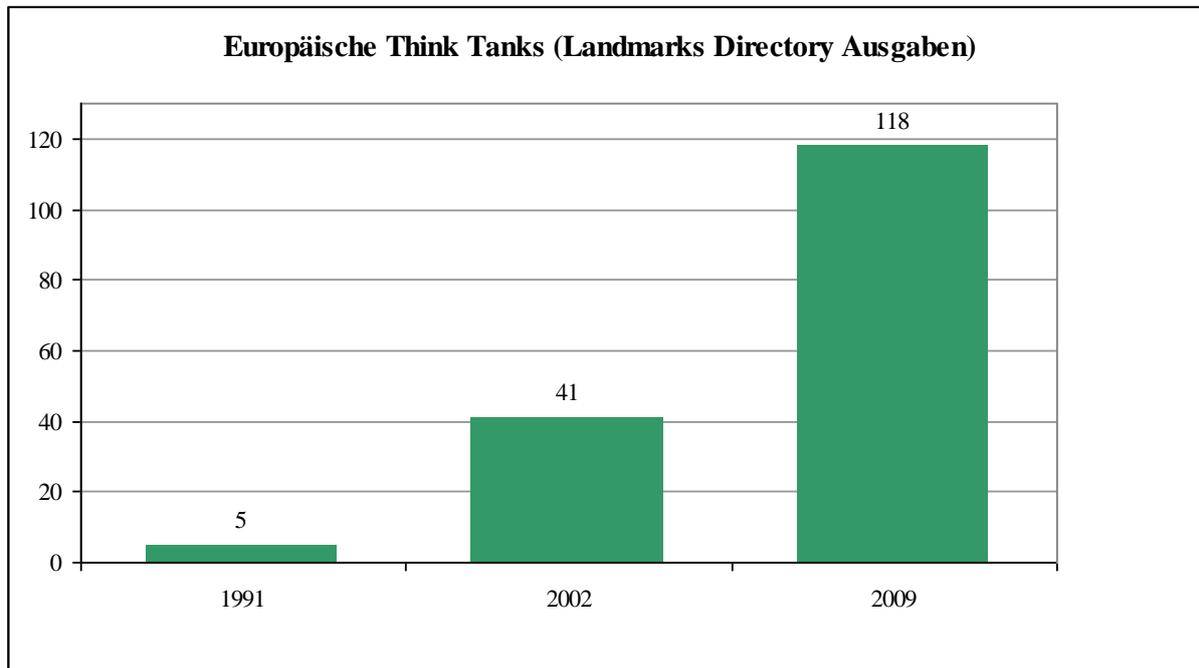
aber die Entfremdung zwischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften macht sich in Brüssel weniger stark bemerkbar. Traditionell gibt es hier über die linken und bürgerlichen Fraktionen hinweg häufig Unterstützung für wichtige Anliegen der Gewerkschaften, was sich nicht selten aus einer gemeinsamen *europäischen* Opposition der im gegenwärtigen System institutionell benachteiligten Kräfte gegen den Europäischen Rat und auch häufig gegen die Kommission erklärt. Europäische Interessen von anderen als Wirtschaftsgruppen geäußert werden vom Parlament zum Teil dankbar aufgegriffen, um das Eigengewicht des Parlaments gegenüber den anderen europäischen Institutionen zu stärken.

Aber welche Rolle spielen die Europäischen Parteien, spielt die postnationale Demokratie in Europa angesichts der geringen Rechte und Möglichkeiten des Europaparlaments im Vergleich zu nationalen Parlamenten? War in den 1960er Jahren noch die Rede von der Vermachtung der Öffentlichkeit (und damit auch der demokratischen Deliberation) durch die Parteien und Verbände (Habermas 1962), so erscheint die europäische Wirklichkeit im Hinblick auf die Vermachtung durch Parteien als eine Kehrtwende. NutznießerInnen der Schwäche des Volkes und seiner Parteien (die noble Bedeutung der Massen- oder eben Volksparteien) und die weitgehende Abwesenheit einer europäischen Öffentlichkeit spielt den starken Partikular- (oder Sonderinteressen, wie es früher hieß) in die Hände. Neben den starken Lobbykräften sind dies einflussreiche AkteurInnen, die sich die vielfältig fragmentierte (viele Nationen, viele Ebenen mit unterschiedlichem Gewicht in verschiedenen Politikfeldern etc.) und insgesamt für die NormalbürgerInnen sehr unübersichtliche politische Lage in Europa zu Nutze machen können.

Hier kommt das bereits weiter oben im Zusammenhang mit der Klimapolitik angedeutete Think Tank Modell elitärer Politik ins Spiel, welches Saloma III (1984) Anfang der 1980er Jahre für die USA konstatiert hat und von James Alan Smith (1991) mit der Untersuchung des Aufstiegs neuer politischer Eliten, die sich maßgeblich auf die parteiischen Think Tanks (in den USA insbesondere der Neuen Rechten, dann in Europa aber auch der neuen Sozialdemokratie) stützen, ausbuchstabiert wurde (vgl. zur Bedeutung der Think Tanks für den Aufstieg des Neoliberalismus Walpen 2004, Mirowski und Plehwe 2009). Think Tanks werden in diesem Zusammenhang nicht neutral in ihrer Funktion als politiknahe Forschungs- und Beratungsinstitute gesehen, sondern als wichtiger Teil von Interessenallianzen und Diskurskoalitionen, weil sie politische Zusammenhänge konstruieren, die in öffentlichen Auseinandersetzungen prägend wirken (story lines, z.B. den Bedarf für private Rentenversicherung aufgrund demographischen Wandels oder Bedarf an Privatisierung aufgrund Verschwendung in öffentlichen Betrieben). Transnationale ExpertInnen-, Beratungs- und Advocacy oder Lobby-Netzwerke können als ebenso ergiebiges wie bislang wenig erforschtes Feld empirischer Sozialforschung erachtet werden (vgl. die laufende Arbeit unter [http://www.thinktanknetworkresearch.net/str\\_ttni\\_de/index.html](http://www.thinktanknetworkresearch.net/str_ttni_de/index.html)).

In diesem Zusammenhang ist auffällig, dass sich in Europa seit Anfang der 1990er Jahre verstärkt europäische Think Tank Netzwerke herausbilden, die bislang noch kaum untersucht sind (vgl. Plehwe 2010). Ebenfalls als weißer Fleck auf der Landkarte bezeichnet werden kann die seit Anfang der 2000er Jahre besonders rasch wachsende Population von Think Tanks in Brüssel.

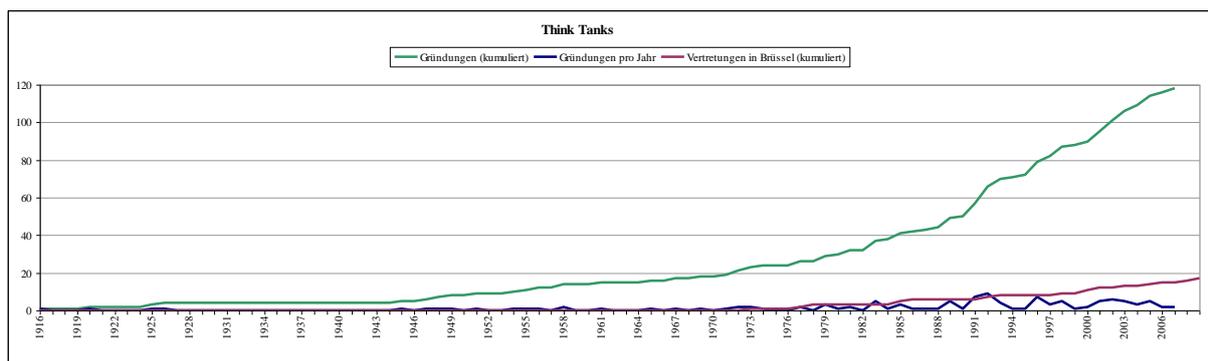
Abbildung 12: Entwicklung der Think Tanks in Europa (Register)



Quelle: Landmarks Directory, 1991, 2002, 2009, eigene Auswertung; zwei 1991 gelistete Think Tanks waren im Jahr 2002 nicht mehr registriert, 6 der 2002 gelisteten fehlen 2009.

Gegen die sehr niedrige Zahl von 5 Einträgen im 1991 erschienenen Register kann mit Recht eingewandt werden, dass viele der real existierenden Think Tanks von der Publikation Anfang der 1990er Jahre einfach nicht erfasst wurden. Daher ist es interessant, die 118 im Jahr 2009 registrierten Think Tanks im Hinblick auf ihre Gründungsdaten zu untersuchen. Die folgende Grafik zeigt einerseits, dass es vor 1991 durchaus eine stattliche Zahl von Think Tanks gab. Aber die Kurve demonstriert auch, dass es insbesondere seit den 1990er Jahren zu einem erheblichen Wachstumsschub gekommen ist.

Abbildung 13: Entwicklung europäischer Think Tanks

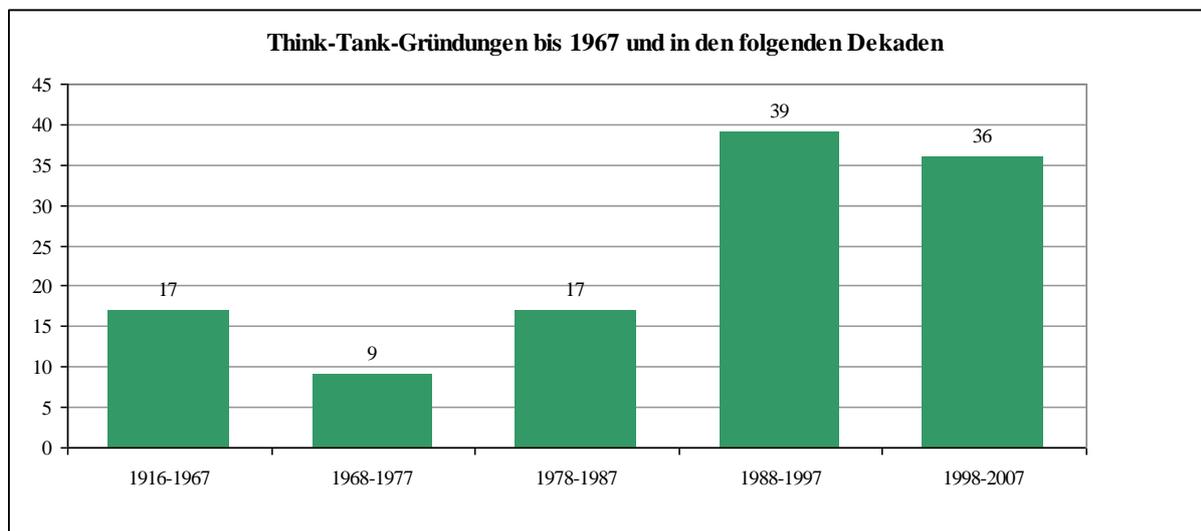


Quelle: Landmarks Directory 2009, Recherche Sylvain Laurens und Dieter Plehwe (Gründungsdaten der registrierten Think Tanks und Daten zur Öffnung einer zusätzlichen Brüsseler Niederlassungen)

Insgesamt sind 51 der hier erfassten Think Tanks in Brüssel etabliert worden. Weitere 17 Think Tanks haben ein zusätzliches Büro in Brüssel geöffnet (seit 1972, aber insbesondere seit 1990). Zu den häufigen Standorten neben Brüssel zählen London, Paris und andere Städte im Benelux-Raum, was sicher der räumlichen Nähe zu den Arenen und Beziehungsgeflechten der Europahauptstadt geschuldet ist.

Der Übersicht zufolge setzt ein beschleunigtes Wachstum der europäischen Think Tank Population in den 1970er Jahren ein, dessen Tempo ab Mitte der 1980er Jahre nochmals deutlich gesteigert wird. Die Zahl der Neugründungen ist sichtbar hoch in den 1990er Jahren, was insbesondere auf die Gründung von Think Tanks in den postsozialistischen Staaten und in Brüssel zurückzuführen ist. Deutlicher noch wird das Bild des Wachstums seit Ende der 1980er Jahre, wenn die Gründungsdaten in Dekaden zusammengefasst dargestellt werden. Die folgende Grafik veranschaulicht, dass etwa 60 Prozent der 2009 in dieser Quelle registrierten Think Tanks noch keine 20 Jahre alt waren.

Abbildung 14: Think Tank Gründungen bis 2007

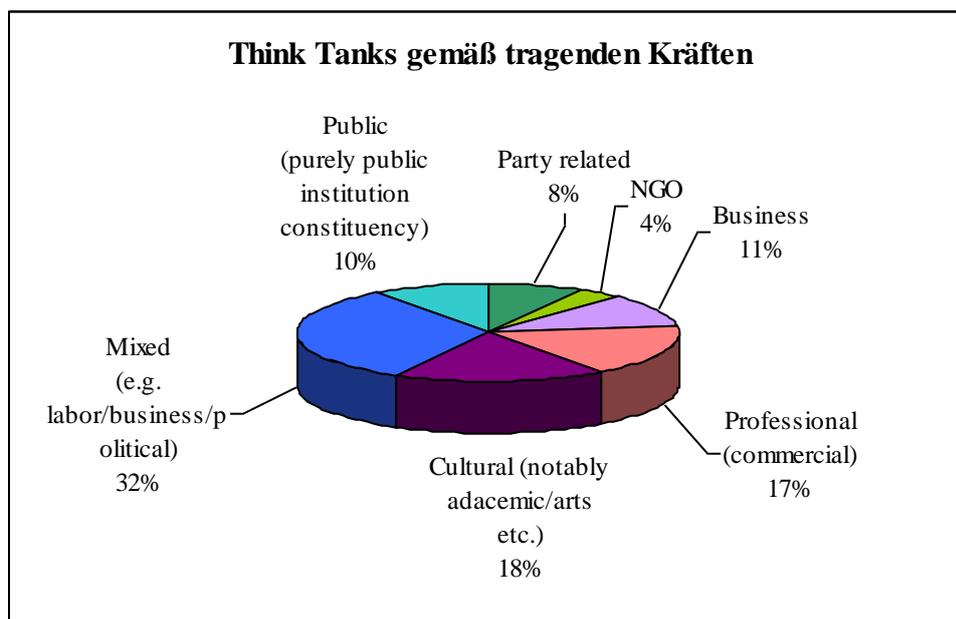


Quelle: Landmarks Directory 2009, eigene Recherche und Berechnung

Das besonders starke Wachstum von Think Tanks in den 1990er Jahren deckt sich mit den Ergebnissen der Erhebungen von McGann (vgl. McGann/Weaver 2005), wobei der Rückgang der Neugründungen in den 2000er Jahren sich vor allem auf den Rückgang von Gründungen in Osteuropa zurückführen lässt.

Gruppieren wir nun die bei Landmarks 2009 registrierten Think Tanks nach tragenden Gruppen bzw. im Falle eindeutig kultureller Think Tanks (Wissenschaft und Kunst), so zeigt sich folgende Verteilung der 118 Think Tanks:

Abbildung 15: Think Tanks gemäß tragenden Kräften



Quelle: Landmarks 2009, eigene Kodierung auf der Basis der im Internet verfügbaren Informationen, im Falle von mindestens 10 der hier registrierten Think Tanks besteht weiterer Klärungsbedarf

Wenngleich sehr vielen der hier erfassten Institute Aufmerksamkeit gebührt, werfen insbesondere die Gruppe der *professionellen bzw. kommerziellen Think Tanks* und die Gruppe der *Think Tanks mit gemischten Trägerschaften* im Hinblick auf den Finanzierungs- und Entstehungskontext der dort entwickelten Expertise Fragen auf, auch wenn die Organisationen einen gemeinnützigen Anspruch vertreten. Über Zusammenhänge und Hintergründe, insbesondere auch über die Finanzierung vieler Think Tanks ist unterdessen meist nur Insidern näheres bekannt.<sup>27</sup>

In einem weiteren vorläufigen Schritt haben wir die im Landmarks Directory 2009 registrierten Think Tanks mit den 97 Organisationen abgeglichen, die im *europäischen Transparenzregister* als Think Tanks aufgeführt werden. Das Ergebnis: Genau zwei Organisationen werden in beiden Quellen genannt, nämlich die Bertelsmann Stiftung und The Lisbon Council for Economic Competitiveness and Social Renewal. Im Landmarks Directory wird der European Roundtable of Industrialists als Think Tank geführt, der sicherlich eher als Interessenorganisation einer Gruppe der größten europäischen Unternehmen gelten kann. Im Transparenzregister wurde der European Roundtable bislang nicht registriert; weder als Think Tank noch als Interessenverband. Im Transparenzregister sind viele Think Tanks nach wie vor nicht eingetragen, weil es bei vielen Think Tanks Vorbehalte gegen eine dadurch unterstellte Nähe zu oder Ähnlichkeit mit Interessengruppen gibt. Ersichtlich ist aus der gegenwärtigen bei Landmarks oder im Transparenzregister eingetragenen Gesamtmenge, dass in Brüssel nur sehr wenige Think Tanks zu finden sind, die als gewerkschaftlich oder gewerkschaftsnah gelten können. Hier kommt neben dem EGI der Gewerkschaften vielleicht das ökosoziale Forum oder die sozialdemokratische Foundation for European Progressive Studies in Betracht. Die Transform Stiftung der Europäischen Linken und die Grüne Parteistiftung sind ebenfalls noch nicht im Transparenzregister

<sup>27</sup> Eine erfreuliche Ausnahme bei den (auch) von Wirtschaftsorganisationen finanzierten Think Tanks stellt in dieser Hinsicht der Think Tank Bruegel dar, der von Unternehmen (pro Mitglied € 50.000) und Staaten finanziert wird und sich einer kritischen Evaluierung unterzieht, die im Internet verfügbar ist.

verzeichnet. Umgekehrt ist es bei vielen Think Tanks der oder mit Nähe zur Privatwirtschaft weitgehend ungeklärt, welche Aufgaben sie in öffentlichem oder privatem Interesse übernehmen.

In den sich ergebenden Grauzonen zwischen Interessen und Expertise vollzieht sich im Verein mit der Formierung von einflussreichen Partikularinteressen die postdemokratische Feudalisierung der postnationalen Demokratie, die keine guten demokratischen Zukunftsaussichten auf supranationaler Ebene verspricht. Es handelt sich dabei wohlgerne nicht um eine Rückkehr zu alten vordemokratischen Zuständen, sondern um die Entwicklung einer genuin neuen elitär-politischen Landschaft. Diese kann durch die Rückkehr zur guten alten nationalen Demokratie nicht aufgelöst werden, weil die Aushöhlung der Souveränität und die elitäre Umformung der Partizipation ja gerade dort zu verorten ist (vgl. im Einzelnen Mair 2006). Daher ist es trotz der eklatanten Demokratiedefizite erforderlich bzw. bleibt aus progressiver Sicht auch gar nichts anderes übrig, als die postnationale Demokratie zu entwickeln, was zuallererst einer kritischen Auseinandersetzung mit der ungleichen, ungleichzeitigen und verbundenen Entwicklung Europas bedarf. Die enorm starke Schlagseite der europäischen Kräfteverhältnisse zugunsten von Wirtschaftsinteressen, die sich bei genauerer Untersuchung sicherlich auch im Feld der elitären Think Tank Politik zeigen lässt, spielt dabei natürlich eine – vielleicht die zentrale – Rolle.

## 6. Resümee und Ausblick

Die vorliegende Studie zielt auf die Schaffung von Voraussetzungen für ein besseres Verständnis der Gesamtpopulation der europäischen Interessengruppen und die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in Europa. Vor dem Hintergrund der recherchierten Daten lässt sich zweifelsfrei ein enormes Übergewicht der Wirtschaftsinteressen konstatieren, weil ca. zwei Drittel aller Interessengruppen diesem Lager angehörig sind. Demgegenüber kommen die Gewerkschaften mit maximal 100 Organisationen auf 1-2 Prozent. Im Hinblick auf das verfügbare Fachpersonal stehen ca. 150 GewerkschafterInnen in Umfeld des EGB in Brüssel bereits 800 Fachleute auf Verbandsebene im unmittelbaren Umfeld von Business Europe gegenüber. Werden Fachleute aus Unternehmen und aus den vielen weiteren Wirtschaftsverbänden gezählt, so fällt das Kräfteverhältnis in Bezug auf das verfügbare Personal noch sehr viel schlechter aus für die Gewerkschaften. Auch finanziell bilden Gewerkschaften und andere Interessen gegenüber dem Lager der Wirtschaftsinteressen in struktureller Hinsicht kein echtes Gegengewicht. So kann für die Finanzpolitik gesagt werden, dass die mit 2 Mio. für eine NGO recht gut ausgestattete neue Organisation Finance Watch sicherlich nur über einen Bruchteil der Mittel der Finanzlobbies in Brüssel verfügt.

Wie viel Geld die Wirtschaftsverbände und Unternehmen im Allgemeinen und die Finanzlobbies im Besonderen ausgeben, lässt sich auf der Basis verfügbarer Daten nicht ermitteln. Wir schlagen die Summe von € 100.000 pro Kopf (Fachpersonal) als Annäherung vor, solange im Transparenzregister keine vernünftigen Angaben gemacht werden, die eine Bestimmung der absoluten Summen und einen Vergleich zulassen. Diese Summe ist vermutlich zu hoch für viele NGOs und zu niedrig für viele Wirtschaftsinteressen. Außerdem muss der finanzielle Aufwand für Personal ergänzt werden um weitere Kosten (Büro, Veranstaltungen, Publikationen, Aufträge an Kanzleien, BeraterInnen, Think Tanks etc.). Vernachlässigen wir all dies, so wird für ca. 150 EGB Gewerkschaftsfachleute in Brüssel

eine Summe in Höhe von € 15 Mio. berechnet, wohingegen wir für die 800 Fachleute im Orbit von Business Europe bereits auf eine Summe in Höhe von € 80 Mio. kommen. (Allerdings beträgt das Budget von Business Europe alleine € 8 Mio.) Weil insgesamt in Wirtschaftsverbänden und Unternehmen aber wohl eher ca. 8.000-10.000 Fachleute bezahlt werden, denen insgesamt ca. 300 GewerkschafterInnen und wenige tausend Fachleute, die andere Interessen repräsentieren, gegenüber stehen, ist das finanzielle Übergewicht der Wirtschaft zweifellos gewaltig. Mindestens zwei Drittel der insgesamt auf zwei bis drei Milliarden Euro geschätzten Lobbyausgaben in Brüssel entfallen auf Wirtschaftslobbies.

Strukturelle Verhältnisse, die große Übermacht und dementsprechender Einfluss der Wirtschaftsinteressen im Allgemeinen übersetzen sich nicht immer, notwendig und unmittelbar in Lobbyerfolg. Hier müssen die jeweils relationalen Beziehungen der konkret beteiligten AkteurInnen, die öffentliche Bedeutung der Thematik, die institutionelle Anordnung und Hierarchie im Politikfeld sowie der historische Zeitpunkt (in Politik- und Krisenprozessen) berücksichtigt werden (Mahoney 2007). Häufig werden in konkreten politischen Auseinandersetzungen Kompromisse erzielt, die auch den mächtigen Wirtschaftsinteressen Zugeständnisse abringen. Allerdings heißt dies nicht, dass im Sinne der Pluralismustheorie die sehr unterschiedlich zahlreichen, finanzkräftigen und über die Ebenen hinweg mehr oder weniger gut verzahnten und strategisch agierenden AkteurInnen am Ende doch gleichberechtigt wirken. Vielmehr ist die Schlagseite zugunsten der Wirtschaftsinteressen bereits bei der grundlegenden institutionellen Anordnung sichtbar: Die ungleiche und ungleichzeitige Entwicklung des europäischen Verbundprojektes benachteiligt die transnationale Formierung arbeits- und sozialpolitischer Interessen systematisch auch dann, wenn in diesem sehr eingeschränkten Politikfeld auf europäischer Ebene in paritätisch besetzten Gremien gearbeitet wird. Eine sehr viel ausgewogenere Gestaltung Europas hängt damit einerseits von einer weiteren Verlagerung von Kompetenzen und Verteilungsressourcen auf die europäische Union ab (Transfer-Union), andererseits von einer nachholenden Entwicklung der Gewerkschaften und anderen Interessen, die noch sehr viel tun müssen, um ähnlich systematisch verstärkte transnationale Kapazitäten und Ressourcen zu mobilisieren (und mit den nationalen Ebenen zu verzahnen) wie Wirtschaftsverbände und Unternehmen. Ohne eine solche Entwicklung wird der Souveränitäts- und Demokratieverlust auf nationaler Ebene (Post-Demokratie) nicht durch eine Demokratisierung der postnationalen Politik in Europa kompensiert werden können.

Zur Entwicklung einer postnationalen Demokratie gibt es im Zeitalter der intensivierten Europäisierung und Globalisierung freilich keine ernsthafte Alternative. Eine zentrale Voraussetzung dafür aber bleibt dabei die erhebliche und nachhaltige Verringerung des derzeitigen Übergewichts der Wirtschaftsinteressen in Europa. Weil dies kaum als Einschränkung der Zahl und Interessen der Unternehmen und Verbände erfolgen sollte und könnte, deren Zahl aufgrund der geringen Beteiligung aus den neuen Mitgliedsstaaten (z.B. aus Osteuropa) wohl noch viel Zuwachs erwarten lässt, kommt es in erster Linie auf eine verstärkte Mobilisierung der anderen Interessen und deren Bündnisse an.

Kurzfristig sind im Hinblick auf eine notwendige Einschränkung von übermächtigen Interessen auch institutionelle Reformen geboten. Weit vorne dabei steht sicher ein verbindliches Transparenz- und Lobbyregister, das es allen Interessierten einfach macht, die gesellschaftlichen Interessen und ihre jeweiligen Anteile an der Gestaltung der europäischen Politik (bzw. mindestens den jeweiligen Versuch der Einflussnahme) zu erkennen. Andere Formen der Bürgerbeteiligung können ebenfalls dazu beitragen, eine ausgewogenere Europapolitik zu entwickeln. Aber die gut organisierten Interessen sind besser als andere in der Lage, neue Instrumente für sich zu nutzen und damit die Intention einer breiteren Berücksichtigung von Interessen in der Bevölkerung für sich zu nutzen. Eine

grundlegendere, auf mehr Gleichheit und Gleichberechtigung zielende Reform des europäischen Systems der Interessenvertretung wird nicht obsolet durch die bislang entwickelten Instrumente der partizipativen Demokratie. Systematische Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz analog zum verbindlichen Lobbyregister in den USA können in diesem Zusammenhang einen wertvollen Beitrag leisten, die Verhältnisse und ihre Entwicklung zu verstehen, zu diskutieren und zu beurteilen (vgl. die Auswertungen und Analysen bei <http://www.opensecrets.org>).

## Literatur

- Alter EU, 2010, *Bursting the Brussels Bubble*. Brüssel
- Balanyá, Belén, Doherty, Ann, Hoedeman, Olivier, Ma'anit, Adam, Wesselius, Erik, 2000, *Europe Inc. Regional & Global Restructuring & the Rise of Corporate Power*. London
- Berkhout, Joost, Lowery, David, 2010, The Changing Demography of the EU Interest System since 1990, in: *European Union Politics* 0(0), 1-15.
- Beyers, Jan, Kerremans, Bart, 2004, Bureaucrats, Politicians, and Societal Interests: How is European Policy Making Politicized? In: *Comparative Political Studies* 37, 10: 1119-1150.
- Bieling, Hans-Jürgen, 2003, Social Forces in the Making of the New European Economy: The Case of Financial Market Integration. In: *New Political Economy*, Vol. 8, No. 2, July 2003, 203-224.
- Crouch, Colin, 2004, *Post-Democracy*. Oxford
- EP (= Europäisches Parlament), 2003, *Lobbying in the European Union: Current Rules and Practices*. Luxemburg (Author: Wilhelm Lehmann with the assistance of Anita Tušar, Robert Schuman scholar, and Lars Bosche (chapter 1.3.5).
- Falkner, Gerda, 2003, The EU's Social Dimension, in: Michelle Cini (Ed.) *European Union Politics*, pp. 264 - 277. Oxford, Oxford University Press, 2003.
- Gullberg, Anne Therese, 2011, Equal Access, Unequal Voice. Business and NGO Lobbying on EU Climate Policy. In: Transparency International, (Ed.), *Global Corruption Report: Climate Change*. London/Washington DC, 39-44.
- Greenwood, Justin, 1997, *Representing Interests in the European Union*. Palgrave
- Greenwood, Justin, 2007, *Interest Representation in the European Union*. Palgrave
- Habermas, Jürgen, 1962, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Darmstadt und Neuwied
- Hilferding, Rudolf, 1968[1910], *Das Finanzkapital*. Frankfurt
- Hüller, Thorsten, 2010, Playground or Democratisation? New Participatory Procedures at the European Commission. In: *Swiss Political Science Review* 16(1): 77-107.
- Keller, Berndt, und Bernd Sörries, 1999: The New European Social Dialogue: Old Wine in New Bottles?, *Journal of European Social Policy* 9: 111—125.
- Klaß, Jutta (Ed.), 1989, *Die EGmbH der Bosse & Banker*. Binnenmarkt '92. München
- Kowalsky, Wolfgang, 2011, Gewerkschaften für einen Kurswechsel in Europa. Gewerkschaften und Europa vor der Trennung? In: Kowalsky, Wolfgang, Scherrer, Peter, (Ed.), 2011, *Gewerkschaften für einen europäischen Politikwechsel*. Das Ende der europäischen Gemütlichkeit. Münster, 12-130.
- Mahoney, Christine, 2007, Lobbying Success in the United States and the European Union, In: *Journal of Public Policy* 27, 1, 35-56.
- Mair, Peter, 2006, "Ruling the Void: The Hollowing of Western Democracy", *New Left Review* 42, November-December 2006, 25-51.
- McGann, James G., R. Kent Weaver, 2005, (Eds.), *Think Tanks & Civil Society*. Catalysts for Ideas and Action, New Brunswick
- Mirowski, Philip E., Plehwe, Dieter, (Eds.), 2009, *The Road from Mont Pèlerin*. The Making of the Neoliberal Thought Collective. Cambridge

- Platzer, Hans-Wolfgang, 2010, Europäische Arbeitgeber- und Kapitalverbände. In: Schroeder, Wolfgang, Weißels, Bernhard (Ed.): Handbuch der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland. Wiesbaden, 420-440.
- Plehwe, Dieter, 1997, Eurologistik, »Europäische« Verkehrspolitik und die Entwicklung eines transnationalen (Güter-) Transportsystems. In: *PROKLA* 27, 2: 217-243.
- Plehwe, Dieter, 2000, Deregulierung und transnationale Integration der Transportwirtschaft in Nordamerika. Münster
- Plehwe, Dieter, Dörrenbächer, Christoph (with Stefano Vescovi), 2002, The Transformation of European Governance. Berlin: WZB (Endbericht Stiftung Volkswagenwerk).
- Plehwe, Dieter (mit Walther, Katja), 2007, Transformation Europäischer Governance: (Europa)Rechtliche Dimensionen. Eine vergleichende quantitative Analyse heterogener Europäisierungsprozesse im Politikfeld Verkehr. Discussion Paper SP III 2007-201 des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung – WZB.
- Plehwe, Dieter, 2008, Transformation europäischer Governance: Europarechtliche Dimensionen, In: *Integration* 3/2008, 290-306.
- Plehwe, Dieter, 2010, Brussels Think Tanks and Corporate PR, 53-61 in: Helen Burley, William Dinan, Kenneth Haar, Olivier Hoedeman and Erik Wesselius (Eds.), *Bursting the Brussels Bubble*. The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Brussels: Alter-EU
- Quittkat, Christine, 2011, The European Commission's Online Consultations: A Success Story? In: *Journal of Common Market Studies* Vol. 49, No. 3, 653-674.
- Riss, Jorgo, 2010, Chemical Warfare. The Lobbying – Battle on REACH. In: Alter EU, (Ed.), *Bursting the Brussels Bubble*, Brüssel, 33-47.
- Saleh, Basel, 2011, The Last Hurdle for Corporate Capitalism: Deunionizing America, In: Truthout, Friday 11 March 2011, online at: <http://archive.truthout.org/the-last-hurdle-corporate-capitalism-deunionizing-america68376>, Zugriff 10.9.2011.
- Saloma, John S. III, 1984, Ominous Politics. The New Conservative Labyrinth. New York
- Sand, Stephanie, 1990, 1992. Das Europa der Konzerne. München
- Schendelen, Rhinus van, 2005, Machiavelli in Brussels. The Art of Lobbying in the EU. Amsterdam
- Schmedes, Hans-Jörg, 2010, Das Mosaik der Interessenvermittlung im Mehrebenensystem Europas, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Zeitschrift Das Parlament 19/2010 (online: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2010/19/Beilage/004.html>, Zugriff: 10.9.2011).
- Smith, James A., 1991, The Idea Brokers. Think Tanks and the Rise of the New Policy Elite, New York
- Speth, Rudolf, 2006, Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. In: Thomas Leif / Rudolf Speth (Hg.), *Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland*, Wiesbaden, 302-316.
- Speth, Rudolf, 2010, Das Bezugssystem Politik - Lobby - Öffentlichkeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ) Lobbying und Politikberatung, Heft 19/2010, 9-14.
- Thomas, Clive S., Boyer, Michael L., 2001, The American Interest Community in the European Union: Development, Make-up, and operating techniques. Paper at European Community Studies Association, Madison, Wisconsin (unpublished, online at <http://aei.pitt.edu/2192/>, Zugriff 10.9.2011).
- Töller, Annette Elisabeth: Measuring and Comparing the Europeanization of Public Policies, In: *Journal of Common Market Studies*, 48. Jg., Nr. 1, 2010, 413-440.

- Unger, Frank, Wehr, Andreas, Schönwälder, Karen, 1998, *New Democrats, New Labour, neue Sozialdemokraten*. Berlin
- Union of Concerned Scientists, 2007, *Smoke, Mirrors and hot Air. How ExxonMobil Uses Big Tobacco's Tactics to Manufacture Uncertainty on Climate Science*. Washington D.C. ([www.ucsusa.org/assets/documents/global\\_warming/exxon\\_report.pdf](http://www.ucsusa.org/assets/documents/global_warming/exxon_report.pdf))
- Van Apeldoorn, Bastiaan. 2000, Transnational Class Agency and European Governance: The Case of the European Round Table of Industrialists, In: *New Political Economy*, 1469-9923, Vol. 5, Issue 2, 157-181
- Vassalos, Yiorgos, 2010, Expert groups – letting corporate interests set the agenda? in: Helen Burley, William Dinan, Kenneth Haar, Olivier Hoedeman and Erik Wesselius (Eds.), *Bursting the Brussels Bubble*. The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Brussels: Alter-EU, 76- 86.
- Walpen, Bernhard, 2004, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Hamburg
- Wehlau, Diana, 2009, *Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung*. Wiesbaden
- Weßels, Bernhard, 2004, Contestation Potential of Interest Groups in the EU: Emergence, Structure, and Political Alliances. In: Marks, Gary, Steenbergen, Marco R., (Eds.), *European Integration and Political Conflict*. Cambridge, 195-215.
- Wonka, Arndt, Baumgartner, Frank R., Mahoney, Christine, Berkout, Joost, (2007/08), online ([www.bigsss-bremen.de/index.php?id=awonka\\_data](http://www.bigsss-bremen.de/index.php?id=awonka_data), Zugriff 30. Juli 2011)
- Wonka, Arndt, Baumgartner, Frank R., Mahoney, Christine, Berkout, Joost, 2010, Measuring the Size and Scope of the EU Interest Group Population. In: *European Union Politics* 0(0), 1-14.

## Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Interessengruppen nach Herkunftsländern.....	9
Tabelle 2: Zusammensetzung der europäischen Interessengruppen: Österreich (2007) .....	13
Tabelle 3: Zusammensetzung der europäischen Interessengruppen: Österreich (2011) .....	13
Tabelle 4: Interessengruppen Finanzwirtschaft .....	27
Tabelle 5: Mitgliedsorganisationen Finance Watch .....	31
Tabelle 6: Neugründung Europäischer Verbände im Verkehrssektor seit Implementierung der Binnenmarktstrategie.....	33
Abbildung 1: Wirtschafts- und Arbeitnehmerinteressen nach Herkunftsland (2007/08) .....	9
Abbildung 2: Absolute Verteilung der Interessengruppen in Europa (2007/08) .....	12
Abbildung 3: Prozentuale Verteilung der Interessengruppen in Europa (2007/08) .....	12
Abbildung 4: Absolute Verteilung der Interessengruppen in Europa (1992-1994) .....	14
Abbildung 5: Prozentuale Verteilung der Interessengruppen in Europa (1992-1994) .....	15
Abbildung 6: Unterscheidung europapolitischer Lobbyfelder .....	17
Abbildung 7: Fachpersonal Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in Deutschland .....	19
Abbildung 8: Führung und Fachreferenten Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in Brüssel .....	21
Abbildung 9: Entwicklung europäischer Transportverbände .....	32
Abbildung 10: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Europa .....	37
Abbildung 11: Wahlergebnisse sozialdemokratische Parteifamilie.....	38
Abbildung 12: Entwicklung der Think Tanks in Europa (Register).....	40
Abbildung 13: Entwicklung europäischer Think Tanks .....	40
Abbildung 14: Think Tank Gründungen bis 2007 .....	41
Abbildung 15: Think Tanks gemäß tragenden Kräften .....	42
.....	.....

# Anhang I

## Liste der Gesprächspartner in Deutschland und Europa

Wir bedanken uns herzlich für die ausführlichen Gespräche, die wir zum Teil fernmündlich mit den folgenden Expertinnen und Experten im August und September führen konnten:

Sabine Reiner, Sonja Marko, Armin Duttine (Ver.Di)

Sabine Trier, Cristina Tilling (ETF)

Wolfgang Kowalsky (EGB)

Andreas Botsch (EGI)

Amir Goreishi, Frank Ey (Österreichische Bundesarbeitskammer, Brüssel)

Matt Dann (Bruegel)

Christian Feustel (Business Europe)

Olivier Hoedeman, (Corporate Europe Observatory)

## Anhang II

### Interessenorganisationen aus Österreich im Transparenzregister der EU Kommission (August 2011)

#### Interessengruppen Anzahl Gesamt 89

##### Arbeitnehmerinteressen 2

Bundesarbeitskammer Österreich  
Österreichischer Gewerkschaftsbund

##### Wirtschaftsinteressen 41

###### Unternehmen 15

VERBUND AG  
Wiener Börse AG  
Borealis AG  
RHI AG  
Rohöl-Aufsuchungs-Aktiengesellschaft  
SCA Schedule Coordination Austria GmbH  
Solutions in PR e.U.  
Einlagensicherung der Banken und Bankiers GmbH  
Österreichische Bundesforste AG  
Kovar & Käppl Public Affairs Consulting  
ÖBB-Holding AG  
OMV Aktiengesellschaft  
Cablexperts  
Erich Hutter  
Mag. Boris Fahrnberger

##### Kammern / Berufsvereinigungen / Verbände 26

Wirtschaftskammer Wien/Fachgruppe Finanzdienstleister  
Wirtschaftskammer Österreich  
Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter  
Österreichische Notariatskammer  
Österreichischer Rechtsanwaltskammertag  
Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten  
Landwirtschaftskammer Österreich  
European Society of Radiology  
ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände  
Land&Forst Betriebe Österreich / Association of Austrian Land and Forest Owners  
Grüne Bäuerinnen und Bauern Österreich  
Verband der öffentlichen Wirtschaft  
Verband Österreichischer Zeitungen

Vereinigung Alternativer Investments  
Vereinigung der österreichischen Industrie - Industriellenvereinigung  
Vereinigung Industrieller Bauunternehmungen Österreichs  
VÖP - Verband Österreichischer Privatsender  
Arbeitsgemeinschaft des pharmazeutischen Großhandels  
Österreichischer Sparkassenverband  
Österreichs E-Wirtschaft  
Fachverband der Stein- und keramischen Industrie  
INARA Initiative Aufsichtsräte Austria  
Interessensvertretung Österreichischer Aufsichtsräte  
Internet Service Providers Austria  
Österreichische Generika Verband  
Österreichische Hoteliereinigung - Austrian Hotel Association

## **Andere Interessen 46**

### **Sozial 8**

Die Armutskonferenz  
IndyACT- Die Liga der unabhängigen Aktivistinnen und Aktivisten  
SOS-Kinderdorf International  
Future Food  
Attac Austria  
European Federation of Older Students at Universities  
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband  
Bruderschaft der Drachen internationale Hilfsorganisation

### **Natur 14**

Forum Wissenschaft & Umwelt  
OEKOBUERO - Coordination Office of Austrian Environmental Organizations  
VIRUS - Verein Projektwerkstatt für Umwelt und Soziales  
Ökosoziales Forum Europa  
EU Umweltbüro  
WWF Danube-Carpathian Programme  
Österreichischer Naturschutzbund, Landesgruppe Vorarlberg  
The Austrian Middle East Environment Protection Association  
Oesterreichischer Alpenverein  
Umweltdachverband  
Arche Noah  
BirdLife Austria  
VIER PFOTEN International  
UNEP - Interim Secretariat of the Carpathian Convention on behalf of the Carpathian Convention

## **Frauen 1**

European Federation of Mentoring for Girls and Women

## **Institute/Wissenschaft 11**

ARGE DATEN - PRIVACY AUSTRIA

Austrian Institute for European Law and Policy

Forest Research Center

WHO Collaborating Centre for Pharmaceutical Pricing and Reimbursement Policies at Health Economics Department of Gesundheit Österreich GmbH (Austrian Health Institute)

Institut für Interne Revision Österreich - IIA Austria

ETRI European Training and Research Center

Forschungsgruppe Lebensmittelsicherheit

International Association for Danube Research

International Information Centre for Terminology

CERE Center of Excellence for Renewable Energy, Energy Efficiency and Environment

European Group on Tort Law

## **Kultur 7**

danceWEB Verein zur Förderung des internationalen Kulturaustausches im Bereich der darstellenden Künste

IG Kultur Österreich

IG Kultur Vorarlberg - Interessengemeinschaft für autonome Kulturarbeit

Interkulturelles Zentrum

Kulturplattform Oberösterreich

Kulturrat Österreich

eeza. Entwicklung und Erforschung zeitgenössischer Ausdrucksmittel |ÉDevelopment and Exploration of Contemporary Means of Expression

## **Verkehr 2**

Österreichischer Automobil-, Motorrad- und Touring Club

VCÖ Mobilität mit Zukunft

## **Region 3**

Foundation for strong European Regions

Verbindungsbüro Land Burgenland zu den EU-Institutionen

Europäische ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung

## Anhang III

### Geschichte europäischer Verkehrsverbände

<b>Founding</b>	<b>Acronym</b>	<b>Name of the Associations</b>	<b>Branch</b>
<b>Before 1945</b>			
1847	UPU	Universal Postal Union	Postal
1885	IRCA	International Railway Congress Association	Railway
1922	UIC	International Union of Railways	Railway
1923	FTE	Forum Train Europe	Railway
1926	FIATA	International Federation of Freight Forwarders Association	Road
<b>1945 - 60</b>			
1945	IATA	International Air Transport Association	Aviation
1948	IRU	International Road Transport Union	Road
1950	ATAF	Association of French Air Carriers	Aviation
1950	UIP	International Union of Private Railway Truck Owners' Associations	Railway
1951	ECSLA	European Cold Storage and Logistics Association	Road
1952	AEA	Association of European Airlines	Aviation
1954	ECAC	European Civil Aviation Conference	Aviation
1954	UNIF	International Inland Navigation Union	Sea
1958	CLECAT	European Liaison Committee of Common Market Forwarders	Forwarding
1958	FST	Federation of Transport Worker's Union in the European Union	General Transport
1958	UNICE	Union of Industrial and Employers' Confederation of Europe	Employers federations: Shipping interests
1959	CEPT	European Conference of Postal and Telecommunications Administrations	Postal
1960	TIACA	The International Air Cargo Association	Aviation
<b>1961 - 70</b>			
1963	ESC	European Shipper's Council	Shippers
1964	ECATRA	European Car and Truck Rental Association	Road
1965	EUROTEAM	European Action Committee for Public Transport	Public Transport
1965	FEDEMAC	Federation of European Movers' Associations	Road
1970	UIRR	International Union of Combined Road Rail Transport Companies	Combined Transport
<b>1971 - 80</b>			
1971	IACA	International Air Carrier Association	Aviation
1975	UNIFE	Union of European Railway Industries	Railway
1975	ESTA	European Security Transport Association	Road
1977	EBAA	European Business Aviation Association	Aviation
1980	ACE	European Community's Independent Airline Association	Aviation

<b>Founding</b>	<b>Acronym</b>	<b>Name of the Associations</b>	<b>Branch</b>
<b>1981 - 90</b>			
1981	ERA	European Regions Airlines Association	Aviation
1981	IBAC	International Business Aviation Council	Aviation
1983	ERT	European Round Table of Industrialists	General: Shipping interests
1983	IECC	International Express Carriers Conference	Express
1984	ELA	European Logistics Association	Logistic Professionals
1988	CER	Community of European Railways	Railway
1988	EURACA	European Air Carrier Assembly	Aviation
1990	ATAG	Air Transport Action Group	Aviation

<b>1991 - 2001</b>			
1991	ACI Europe	Airport Council International – Europe	Aviation
1992	FEDIM	Federation of European Direct Marketing	Special Shipping interests
1992	PostEurop	Association of European Public Postal Operators	Postal
1992	TER	Trans European Railway Project	Railway
1993	ECTU	European Council of Transport Users	Shippers
1993	EIA	European Intermodal Association	Combined Transport
1993	ERSF	European Road Safety Federation	Road
1993	ESPO	European Sea Ports Organisation	Ports
1993	FEPOR	European Federation of Private Port Operators	Ports
1993	EURONiL	European University Network in Logistics	Professional Academics
1994	AEIF	European Association for Railway Interoperability	Railway interests
1994	ECR Europe	Efficient Customer Response Europe	Shipping
1994	EFIP	European Federation of Inland Ports	Ports
1994	F&L	European Freight & Logistics Leaders Club	Rail / Shipping interests
1994	FFE	Freight Forward Europe	Forwarding
1995	ITE	Initiative Transport Europe	Transport-Environment
1995	TABD	Transatlantic Business Dialogue	General: including Customer and Supply interests
1997	ECG	European Car Transport Group	Road Transport
1997	FEDMA	Federation of European Direct Marketing	Special Shipping
1997	U.E.T.R.	Union Européenne des Transporteurs Routiers	Road Transport
1998	GTC	Groupement des Transports Combinés	Combined Transport
1999	EFFA	European Freight Forwarders Association	Forwarding
2000	EEA	European Express Association	Express

Source: [http://europa.eu.int/comm/civil\\_society/coneccc/liste\\_index.cfm?CL=en](http://europa.eu.int/comm/civil_society/coneccc/liste_index.cfm?CL=en), completed by own web and transport media search.

## Anhang IV

### Korrekturen Datensatz europäischer Interessengruppen 2007/08 (Wonka et al. 2010)

Mehrfach enthaltene Fälle:

European Union Federation of Youth Hostel Associations (EUFED)  
European Union of Alcohol Producers (UEPA)  
Federation of the European Chlor-alkali Industry - EURO CHLOR  
Independent Union of the European Lubricant Industry (UEIL)  
EUROPEAN UNION OF DEVELOPERS AND HOUSE-BUILDERS - UEPC  
ARBEITSGEMEINSCHAFT ALPENLÄNDER - ARGE ALP  
Confederation of European Forest Owners (CEPF)  
COUNCIL OF BARS AND LAW SOCIETIES OF EUROPE - CCBE  
EUCOLAIT - European Association of Dairy Trade  
European Aggregates Association (UEPG)  
EUROPEAN ASSOCIATION OF SCHOOLS AND COLLEGES OF OPTOMETRY - AEUSCO  
European Brain Council - EU BRAINCOUNCIL  
European Confederation of Local Public Energy Distribution Companies  
EUROPEAN FARMERS COORDINATION - CPE  
European Livestock and Meat Trading Union (UECBV)  
EUROPEAN REGION OF WORLD CONFEDERATION FOR PHYSICAL THERAPY - ER-  
WCPT  
EUROPE'S FORUM ON INTERNATIONAL COOPERATION - EUFORIC  
Federal Europe - UEF  
FEDERATION OF EUROPEAN RISK MANAGEMENT ASSOCIATIONS - FERMA  
International Union of Combined Road-Rail Transport Companies (UIRR)  
KPC-Europe Kaolin and Plastic Clays  
UNION INTERNATIONALE DES TRANSPORT PUBLICS  
Union of European Beverages Associations (UNESDA)  
Union of Groups of Independent Retailers of Europe  
Union of Professional Cereal Stockers in the EU (UNISTOCK)  
European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions - EFFAT

Korrektur Zuordnung

Bundesarbeiterkammer: Arbeitnehmerinteressenorganisation

## "Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft"

sind unregelmäßig erscheinende Hefte, in denen aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

**Ab Heft 78 sind die Beiträge auch als pdf-Datei zum Herunterladen im Internet**

<http://wien.arbeiterkammer.at/www-6007.html>

- Heft 83: Die Reform der öffentlichen Verwaltung in den Jahren 2000 bis 2002 – Versuch einer Evaluierung; Juni 2003 (Broschüre vergriffen)
- Heft 84: Ist die „europäische Beschäftigungsstrategie“ nach fünf Jahren am Ende? Zur Bewertung des Luxemburg-Prozesses 1998-2002; Aug. 2003
- Heft 85: Vertikale und intraindustrielle Lohnstreuung in Österreich 1980-94; Aug. 2003
- Heft 86: Die Position Österreichs im internationalen Strukturwettbewerb; März 2004
- Heft 87: Geriatrische Langzeitpflege; April 2004 (Broschüre vergriffen)
- Heft 88: Vertikale und intraindustrielle Lohn- und Gehaltsstreuung in Österreich 1995-2000; April 2004
- Heft 89: Das österreichische Gesundheitswesen; Aug. 2004
- Heft 90: Am Rande des Arbeitsmarktes. Haushaltsnahe Dienstleistungen in der Diskussion; Nov. 2004
- Heft 91: Ein alternativer Stabilitäts- und Wachstumspakt; Nov. 2004
- Heft 92: Die Verwaltungsausgaben der österreichischen Gemeinden; Feb. 2005
- Heft 93: Register zu „Wirtschaft und Gesellschaft“ 1987-2004 und „Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“; Jän. 2005
- Heft 94: Finanzausgleich – Wie geht es weiter?; Oktober 2005
- Heft 95: „Die Qualifikationsstruktur der Beschäftigung in Österreich: Die Entwicklungen 1991-2001 und eine Projektion bis 2010?"; Nov. 2005
- Heft 96: Betriebliche Mitbestimmung und Arbeitszufriedenheit; Jänner 2006 (Broschüre vergriffen)
- Heft 97: Sozialpartnerschaftliche Politikberatung – Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 1963-2005; Februar 2006
- Heft 98: Die Maastricht-Kriterien und das Trilemma der neuen EU-Mitglieder; Februar 2006
- Heft 99: Gender Budgeting in Europa; November 2006
- Heft 100: The Effects of Globalization on Income Distribution; Februar 2007
- Heft 101: Die Bildungs- und die Berufsstruktur der Beschäftigung in den Wirtschaftsklassen Wiens 1991-2001; März 2007
- Heft 102: Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen – Vergleichende Analysen und Strategievorschläge für Österreich; Oktober 2007
- Heft 103: Renditen betrieblicher Weiterbildung in Österreich; Dezember 2007
- Heft 104: Der Wandel der Branchen- und Berufsstruktur der österreichischen Beschäftigung seit Anfang der 1990er Jahre; Dezember 2007
- Heft 105: Spezialisierungsmuster und Wertschöpfungsintensität der österreichischen Exportwirtschaft; Jänner 2008
- Heft 106: Die neue Weltwirtschaftskrise – Ursachen, Folgen, Gegenstrategien; Mai 2009
- Heft 107: Das EU-Budget und der Lissabon-Prozess eine empirische Effizienzanalyse aus konvergenzpolitischer und regionalpolitischer Sicht; November 2009
- Heft 108: Gering qualifiziert in der „Wissensgesellschaft“ – Lebenslanges lernen als Chance oder Zumutung; Juli 2010
- Heft 109: Bilaterale Entwicklungsfinanzierung in Europa; Juni 2011
- Heft 110: Ratings in der Krise; November 2011
- Heft 111: Globalisierung und die Zukunft der EU-2020-Strategie; November 2011
- Heft 112: Atypische Beschäftigungsverhältnisse – Segmentationstheoretische Erklärung Und empirische Analyse der Entwicklung in Österreich, Februar 2012

---

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und Vervielfältiger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien; alle: 1041 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22, Postfach 534